

Der KÄMPFER

SOZIALISTISCHE

ORGAN DES BUNDES SOZIALISTISCHER FREIHEITSKÄMPFER UND OPFER DES FASCHISMUS

1934 - 1945



Nummer 10—12

Dezember 1975

2 Schilling

Der Fall Friedrich Peter

Es erfüllt uns mit tiefer Besorgnis, daß es dreißig Jahre nach dem Ende der Nazibarbarei noch immer bisher nicht bekannt gewesene Tatsachen aus dieser Zeit über Personen gibt, die heute als Politiker eine führende Rolle im öffentlichen Leben Österreichs spielen.

Ohne darüber urteilen zu wollen, ob FPÖ-Obmann Friedrich Peter als Angehöriger der SS strafbare Handlungen begangen hat oder nicht — dies zu beurteilen ist Sache der Gerichte —, muß doch mit aller Klarheit festgestellt werden, daß es die Opfer des Faschismus nicht verdient haben, daß jemand in der Politik tätig ist, der einer berüchtigten und an vielen Morden beteiligt gewesenen SS-Einheit angehört hat und das bisher verschwiegen.

Unter die beispiellosen Verbrechen der Vergangenheit kann kein Schlußstrich gezogen werden, so wie niemals vergessen werden kann, daß sich viele mit Blutschuld beladen haben.

Die Erinnerung an die Verbrechen einer grausamen Diktatur muß im Bewußtsein der Bevölkerung wachgehalten werden, wenn man rechtzeitig neuen faschistischen Gefahren wehren will.

Unsere Mahnung „Niemals vergessen!“ wird damit noch weitaus mehr: Sie wird für alle zu einem wahren

Grüfstein des Gewissens

Opferfürsorge ab. 1. 1. 1976.

Nicht Rache – sondern Mahnung

März 1938, deutsche Truppen marschieren in Österreich ein. Mit ihnen kommt die Gestapo. Aus Österreich, welches seine Unabhängigkeit verliert, wird die Ostmark.

In der Dunkelheit der braunen Nacht hielten mutige Frauen und Männer die Fahne der Freiheit und Menschlichkeit hoch. Sie organisierten den Widerstand gegen Unfreiheit, Terror und Barbarei, obwohl sie wußten, was sie erwartet, wenn sie entdeckt werden.

Warum haben diese Frauen und Männer Leben und Gesundheit im Widerstand riskiert? Einfach deshalb, weil sie nicht wollten, daß ihre Kinder in Unfreiheit leben müssen und über ihrem Leben drohend Schafott, Konzentrationslager und Strafblock stehen.

1945, nach unserer Befreiung, hatten wir schwer an dem zu tragen, was uns das Dritte Reich als trauriges Erbe hinterließ.

Heute sind die äußerlichen Spuren aus der Zeit des Faschismus beseitigt. Junge Menschen, die nach 1945 geboren wurden, sind im Bewußtsein ihrer Schuldlosigkeit über das Erbe einer unbewältigten Vergangenheit nicht erfreut. Erinnern wir uns an die Diskussion über den Nationalfeiertag im Fernsehen! Die Nachgeborenen mögen aber nicht übersehen, welch großes und gewaltiges Erbe sie von ihren Vätern übernehmen können: nämlich das Glück, in einem freien, blühenden Land zu leben, in dem heute eine sozialistische Regierung am Werk ist, der Jugend den sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Fortschritt für die Zukunft zu sichern. Dieses Erbe wurde mit Blut und Tränen für kommende Geschlechter erkämpft.

Kollektivschuld? Gegenwärtig steht die Kollektivschuld wieder einmal zur Debatte. Unmißverständlich — wir lehnen die Kollektivschuld ab! Wir, die wir Zeugen und Betroffene einer gnadenlosen Zeit wurden, wissen, daß zum Beispiel viele Bedienstete im öffentlichen Dienst nur unter ungeheurem Zwang der NSDAP beigetreten sind. Oft wurden sie von ihrem Vorgesetzten solange gefragt: „...na, was ist denn, wann endlich bekennen Sie sich als Deutscher?“, bis sie diese Frage schon als Drohung auffaßten und der Partei beitraten. Sie alle aber wurden bald nach 1945 amnestiert, und sogar ihre Vor-

gesetzten, die ihre Stellung mißbrauchten und auf ihre Untergebenen in dieser Richtung einen starken Druck ausübten, erhielten ihre Posten wieder und sind schon längst wieder ihrem Rang entsprechend eingestuft.

Was anderes ist es aber im Fall Peter. Im Jahre 1938 ist er freiwillig der allgemeinen SS beigetreten und während des Krieges zur 1. SS-Infanteriebrigade eingeteilt worden, deren Aufgabe die Partisanenbekämpfung war. Wir haben nicht vergessen, mit welcher Brutalität dieser Kampf geführt wurde, wobei die SS auch die Zivilbevölkerung nicht schonte.

Die Angehörigen solcher Mordbrigaden sind schuldig geworden, auch wenn man ihnen keinen Mord und keine Grausamkeiten nachweisen kann. Der Internationale Gerichtshof in Nürnberg hat, wie ja bekannt ist, die gesamte SS unter die „verbrecherischen Organisationen“ eingereiht und angeklagt. Damit sei der Unterschied zwischen Kollektivschuld und Mitschuld aufgezeigt.

In diesem Zusammenhang noch ein Wort: Der Schriftsteller Andic hat über den Bildschirm die Frage in den Raum gestellt:

„...haben die Soldaten geirrt, dann haben die Widerstandskämpfer recht, haben die Widerstandskämpfer geirrt, dann haben die Soldaten recht...“

Diese Frage, so gestellt, ist nicht nur verwirrend, sie ist einfach falsch. Denn die Soldaten konnten ja nicht irren, sie wurden überhaupt nicht gefragt. Sie erhielten den Einberufungsbefehl und konnten nur zwischen Einrückung oder Hinrichtung wählen!

Neuerdings wurde auch wieder häufiger der Wunsch laut, nach 30 Jahren „endlich den Schlußstrich“ zu ziehen. Dem Internationalen Gerichtshof in Nürnberg lagen neben dokumentarischem Material und Zeugenaussagen auch Filme vor. Diese stammten zum Teil aus privatem Besitz hoher SS-Größen, oder sie wurden nach der Befreiung von Kameramännern der Alliierten gedreht. Bei der Vorführung lastete das unerhörte Geschehnis auf dem ganzen Verhandlungsraum: Selbst die Angeklagten waren erschüttert.

Der Gerichtspsychologe Gilbert unterhielt sich anschließend mit den Angeklagten in ihren

Gegen Nazitöne im Parlament

Mit Befremden stellte die Sozialistische Jugend fest, daß ein Abgeordneter des österreichischen Nationalrates Töne anschlägt, die man schon längst vergessen glaubte: Wenn der FP-Abgeordnete Zeilinger die Demonstranten, die anlässlich der Spanien-Demonstration den Zwischenfall beim Iberia-Büro verursacht haben, als „Untermenschen“ bezeichnet, wenn er also die Menschen generell in zwei Kategorien einteilt, wie das vor allem von den Rassisten und Massenmördern des

Hitler-Faschismus gemacht wurde, so zeigt das, was man von der angeblich „liberalen“ FPÖ zu halten hat.

Die Sozialistische Jugend verurteilt eine derartige gefährliche Qualifizierung, noch dazu mit Worten, die eindeutig und unbestreitbar dem nazistischen Sprachjargon übelster Prägung entstammen, auf das schärfste.

Das war eine echte Fehlleistung, Herr Abgeordneter Zeilinger, die von dem Rednerpult des österreichischen Nationalrats aus vielleicht besser doch hätte unterbleiben sollen. Allerdings — und das könnte vielleicht als eine (Pseudo-)Entschuldigung gelten — hören wir ja immer wieder öfter derartige Wortleichen, ohne daß dagegen Einspruch erhoben wird. Darum einmal mehr unsere Mahnung: Wachsam bleiben — auch wenn es nur um Worte zu gehen scheint...!

Zellen. Zwei Gespräche seien, stellvertretend für alle Befragten, wörtlich zitiert: Wilhelm Keitel, Chef des Oberkommandos der Wehrmacht (zum Tode verurteilt):

„... Es ist schrecklich. Wenn ich solche Dinge sehe, schäme ich mich, ein Deutscher zu sein. Es waren diese dreckigen SS-Schweine. Wenn ich das gewußt hätte, hätte ich zu meinem Sohn gesagt: ‚Lieber erschieße ich dich, als daß ich dich in die SS eintreten lasse.‘ Ich werde nie mehr einem Menschen ins Gesicht sehen können...“

Hans Fritsche, Rundfunkkommentator und Ministerialdirektor im Propagandaministerium (Freispruch):

„... Keine Macht im Himmel und auf Erden kann diese Schande von meinem Land nehmen — nicht in Generationen, nicht in Jahrhunderten.“

Der Angeklagte von Nürnberg, Fritsche, erkannte, daß diese Schuld nicht einmal in Jahrhunderten getilgt werden könne. Von uns aber fordert man, daß wir nach 30 Jahren einen

Schlußstrich ziehen sollen! Wir mögen die unmenschlichen Methoden der SS bei den Verhören vergessen, wir sollen vergessen, daß Widerstandskämpfer, daß unsere Freunde brutal gemordet wurden, wir sollen den Tod von hunderttausenden Kindern vergessen — und noch mehr.

Nein, das können wir nicht!

An die Jugend von heute haben wir einen einzigen Wunsch: Sie möge in Anbetracht dessen, was wir erlebt und erlitten haben, unsere Haltung verstehen lernen.

Uns leitet kein Gedanke an Rache. Aber wir haben das Vermächtnis derer zu erfüllen, die nicht überlebten: Nämlich Freiheit und Demokratie zu hüten. Dazu brauchen wir das Verständnis und die Hilfe der Jugend. Dann wird sich nie mehr wiederholen, was zwischen 1933 und 1945 geschehen ist.

Niemals vergessen!

Ich stünde bedingungslos hinter ihm...

Frauen-KZ Auschwitz-Birkenau, Dezember 1944: „Du gehst auf Einzeltransport, Versetzung nach Dachau.“ Im Bahnhof Auschwitz steht ein Zug. Viehwaggon. Es gibt kaum noch rollendes Material, aber mit den Häftlingen fährt die SS quer durch die Lande. 1500 Polen sollen nach Dachau überstellt werden — getrennt von der heimatlichen Umgebung, die mit ihnen sympathisieren dürfte. Im Austausch Franzosen nach Auschwitz.

Eine Aufseherin meldet uns beide bei Hauptsturmführer Aumeier, der die Aufsicht beim Abtransport führt. Ein abschätziger Blick auf mich: „Ach was, steckt sie dazu.“ Enttäuschung bei der Aufseherin, die sich auf die Reise gefreut hatte.

Eine Kette von Viehwaggonen in der eiskalten Winterluft, vollgepfropft mit Männern, die je einen Wecken Kommißbrot als Reiseproviant hatten. Wie lange würde die Fahrt dauern?

Ein Wagen, in dem Heu ausgebreitet ist, mit einem kleinen Eisenofen in der Mitte, verhältnismäßig recht behaglich warm. Ich will in dem geheizten Wagen mitfahren, um nicht auf der Fahrt zu erfrieren. Dafür nehme ich die Gesellschaft von 14 Männern der Waffen-SS in Kauf.

Wer zwei Jahre Auschwitz überlebt hat, verfügt über die nötige Kaltblütigkeit. „Hauptsturmführer Aumeier hat gesagt, ich soll hier einsteigen“, lüge ich. Die Männer schauen mich erstaunt an und zucken die Achseln. Ich lege mich in eine Ecke des Wagens und decke mich mit Heu zu.

Als wir eine Weile gefahren sind, kommt ein SS-Mann auf mich zu und bringt mir einen Becher dicke Suppe, setzt sich neben mich und beginnt ein Gespräch: „Ich war beim Schutzbund, in Innsbruck. Wegen einer Verwundung

hat man mich zum Ersatzheer versetzt. Das wurde nach dem 20. Juli Himmler unterstellt. Auf diese Weise kam ich in die Waffen-SS und so in die Wachmannschaft von Auschwitz.“ Pause.

Vielleicht war es so, vielleicht hat er sich in Wahrheit freiwillig gemeldet? Man sah das Kriegsende nahen. „Nach acht Tagen“, fuhr er fort, „habe ich gesehen, was hier gespielt wird, und ich hatte nur einen Gedanken — weg von hier. An die Front konnte ich mich ja nicht melden, denn von dort kam ich. Da hatte ich die Chance, als Transportbegleiter eingeteilt zu werden. Nur weg, nur weg von diesen Kaminen.“

Man konnte sich aber sicherlich nicht zur Begleitung eines Abtransportes aus Auschwitz wegmelden, wenn man sich freiwillig zu einem Führerlehrgang angemeldet hätte...

Er versorgte mich die ganze Fahrt über mit der SS-Verköstigung. Zuletzt schenkte er mir sein Taschenmesser. „Halte durch, es kann nur noch ein paar Monate dauern. Ich hoffe, ich kann in Dachau bleiben. Wenn du etwas brauchst, versuch', mich zu finden.“

Nach 1945 ließ sich der Mann registrieren und bat mich, diese Episode zu bezeugen. Ich tat es und habe ihn dann auch noch einmal in Innsbruck besucht.

Ich würde mich immer bedingungslos hinter ihn stellen.

*

Mein Mann war vor dem Jahr 1933 in Stuttgart Mitglied einer roten Studentengruppe gewesen — sein Bruder war zur selben Zeit Mitglied der SS. Er kam während des Krieges zur Feldgendarmarie, einer Formation des Sicher-

heitsdienstes der Gestapo beim Heer. Während eines Fronturlaubs besuchte er uns und traf in unserem Haus mit Juden zusammen — er hat uns nicht denunziert. Das will vielleicht nicht viel heißen innerhalb der Familie, obwohl auch da Meldung zu machen Pflicht war.

Nach 1945 wurde er von den Briten verhaftet und saß zwei Jahre in einem Anhaltelager. In dem anschließenden Einstufungsverfahren bestätigte ich ihm seine „Pflichtverletzung“, auch daß er meinem Kind während meiner Haft Pakete mit Spielsachen und Süßigkeiten geschickt hatte. Er bekam zehn Jahre Berufsverbot, und nach 1957 einen Posten beim Verwaltungsgericht in Schleswig.

Als ihm sein Bruder wieder einmal seine Nazivergangenheit vorhielt, sagte er ganz ruhig: „Ich habe in den zwei Jahren Anhaltelager gesehen, welchen Verbrechern ich auf den Leim gegangen war. Auch wenn ich nie einen Mord begangen habe; in meiner unverzeihlichen Naivität habe ich an den Taten dieser Verbrecherorganisation mitgewirkt, in der ich es freilich nur zum Oberscharführer gebracht habe. Aber ich glaube, mit zwei Jahren Haft und zehn Jahren Berufsverbot habe ich das genug gesühnt, jetzt will ich nichts mehr davon hören.“

Ich habe ihn und seine Familie bis zu sei-

nem Tode öfter besucht, ich wäre bedingungslos hinter ihm gestanden . . .

*

Auf dem Bildschirm sah man einen Mann, der einer SS-Mordbrigade angehört hatte. Er ist intelligent und nicht unsympathisch. Sein Widerpart hatte ihm die Frage gestellt: „Wenn Ihre Mitgliedschaft in dieser Mordbrigade so harmlos war, warum haben Sie sie dann bis heute verschwiegen?“ Man wartete gespannt, was er sagen würde. Es gäbe nämlich eine Antwort, die es einem möglich machen könnte, ihn trotz allem noch zu akzeptieren: „Ich habe sie verschwiegen, weil ich mich dieses Einsatzes geschämt habe.“

Aber statt dessen kommt das volle Geständnis: „Ich habe meine Pflicht getan.“ In einer Organisation, in der der Mord an „Banditen, Juden und Zigeunern“ das war, was er als „Pflicht“ betrachtete. Gemeiner Mord als Pflicht!

Er hat seine „Pflicht getan“ und empfindet darob noch heute — nach mehr als 30 Jahren — nicht einen Funken Reue.

Damit hat er die Grenze gezogen zwischen ihm und der großen Zahl jener, hinter die auch ich mich bedingungslos stellen könnte . . .



. . . die Männer der Waffen-SS . . ., die unermüdlich an die Erfüllung ihrer Aufgaben herangingen und stets beispielhaft und vorbildlich ihren Mann standen . . .“

*gez. Stroop
SS-Brigadeführer und Generalmajor der Polizei*

Erklärung zum Fall SS-Peter

In jüngster Zeit sind Einzelheiten aus der politischen Vergangenheit des FPÖ-Obmannes Friedrich Peter bekanntgeworden, die zu lebhaften Diskussionen über die Frage der Vereinbarkeit seiner derzeitigen Rolle im öffentlichen Leben mit dieser Vergangenheit geführt haben. Der Bundesvorstand und die Obmännerkonferenz des Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus haben sich nun mit dieser Frage beschäftigt und sind mit einer entsprechenden Erklärung an die Öffentlichkeit getreten.

In dieser Erklärung* wird zunächst Besorgnis darüber geäußert, daß 30 Jahre lang derartig gravierende Tatsachen über die Vergangenheit führender österreichischer Politiker verborgen bleiben konnten. Weiter heißt es, es sei Sache der Gerichte, zu klären, ob FPÖ-Obmann Peter als Angehöriger der SS strafbare Handlungen begangen habe; doch die Opfer des Faschismus hätten es nicht verdient, daß jemand in der Politik tätig ist, der einer an vielen Morden beteiligten SS-Einheit angehört und dies bisher verschwiegen hat.

Unter die beispiellosen Verbrechen der Vergangenheit kann kein Schlußstrich gezogen wer-

den, so wie nicht vergessen werden kann, daß sich viele mit Blutschuld beladen haben. Die Erinnerung an die Verbrechen einer grausamen Diktatur muß im Bewußtsein der Bevölkerung wachgehalten werden, wenn man neuen faschistischen Gefahren wehren will.

Die unterzeichneten Mitglieder der SPÖ sowie Mitglieder der „Aktion Österreicher für Kreisky“ und der „Aktion kritischer Wähler“ betrachten diese Erklärung des Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer als Ausdruck einer Gesinnung, die Grundsätze über Opportunitätserwägungen stellt. Ohne auf die Rolle Simon Wiesenthals im Fall Peter einzugehen, muß doch in aller Deutlichkeit festgestellt werden, daß eine klare Trennung zwischen Mitläufertum und Verbrechen zur Bewältigung der Vergangenheit gehört, wenn man das Ansehen Österreichs in der Welt nicht gefährden und seine Jugend für die Ideale der Menschlichkeit gewinnen will.

Die Unterzeichneten schließen sich der Erklärung der sozialistischen Freiheitskämpfer in der Gewißheit an, damit den besten, geistigen und politischen Traditionen der Arbeiterbewegung zu entsprechen.

Wien, Oktober/November 1975.

* Veröffentlicht auf Seite 1.

Generalrat Karl Ausch
Prof. Paul Blau
Dr. Günther Chaloupek
Hofrat Dr. Franz Danimann
Prof. Dr. Helmut Frisch
Dr. Harald Glatz
Kurt Horak
Roman Hruby
Prof. Fritz Klenner
Norbert Knittler
Dr. Reinhold Knoll
Dr. Fritz Kolb
Dr. Helmut Kramer

Univ.-Ass. Dr. Helmut Konrad
Dkfm. Ferdinand Lacina
Prof. Alfred Magaziner
Prof. Dr. Eduard März
Dr. Albert Massiczek
Prof. Dr. Egon Matzner
Dr. Ernst Maurer
Dr. Rainer Moritz
Prof. Dr. Ewald Nowotny
Prof. Dr. Anton Pelinka
Christine Pelinka
Prof. Hugo Pepper
Erich Pogats

Dr. Theodor Prager
Dr. Philipp Rieger
Dr. Elisabeth Schilder
Dr. Erich Schmidt
Dr. Josef Simon
Dr. Hannes Swoboda
Prof. Maria Szecsi
Prof. Franz Taucher
Prof. Dr. Gerhard Tintner
Mag. Herbert Tumpel
Dr. Gertrude Wagner
Univ.-Doz. Dr. Erwin Weissel
Dr. Gerhard Weissenberg
Alt-Gemeinderat Josef Windisch

Der Tod des Tyrannen

Es geht nicht darum, den Haß gegen einen Menschen über das Grab hinaus fortzusetzen, aber die Verurteilung verbrecherischer Systeme — die sich nun einmal durch die Taten von Menschen verkörpern — muß unabhängig von der zeitlichen Distanz zu ihnen wach bleiben, weil sonst eine ohnehin vergeßliche Menschheit überhaupt keine Chance hat, ihr Leben auf Dauer freier, glücklicher, menschlicher zu gestalten.

Über das lange Sterben des Francisco Franco können wir die hunderttausendfache Blutschuld nicht vergessen, die er auf sich geladen hat. Der Mann, dessen ausgemergelte Hülle da nun im Pardopalast aufgebahrt lag, hat sich so viel auf seine Offizierssehre zugute gehalten; aber am Anfang seines politischen Aufstiegs stand der Eidbruch gegenüber dem Staat, den er schützen sollte. Mit seinem Land hat dieser General Franco auch seinen Beruf verraten.

Trotz der 40jährigen Diktatur dieses Mannes hieße es die Bedeutung der Rolle der Persönlichkeit in der Geschichte überschätzen, wollte man vergessen, daß die gegen die Republik putschenden Generale nicht allein standen, sondern hinter sich jene Gesellschaftsschichten wußten — einschließlich der damals noch voll mit ihnen verbundenen und aus ihnen kommenden Kirchenfürsten —, die wegen des Ergebnisses der demokratischen Wahl um ihre gesellschaftliche und wirtschaftliche Vormacht bangten. Trotzdem wäre die spanische Republik niemals niedergedrungen worden, wenn die Putschisten nicht die massive Hilfe des bereits etablierten Faschismus in Deutschland und Italien erhalten hätten. Die „Generalprobe“ zum Zweiten Weltkrieg endete freilich anders

als die „Aufführung“ des Dramas selbst: Daß das spanische Volk dennoch den Tyrannen drei Jahrzehnte länger erdulden mußte, gehört zu den Ungerechtigkeiten einer Geschichte, in der die Großmächte in Ost und West ihre Machtpolitik häufig vor die Lippenbekenntnisse zu den demokratischen Freiheiten setzten.

Der „Caudillo“ — der Führer von Gottes Gnaden, zu dem ihn seine Faschistenpartei ausrief — starb nicht den Tyrannentod, den ihm seine Opfer tausendfach gewünscht haben mögen. Er starb einen durch Mediziner — vielleicht auch aus politischen Gründen — manipulierten, langsamen Tod, aber er starb im Bett. Man darf sich von der Geschichte eine so banale Gerechtigkeit wohl nicht erwarten, daß Gewalttäter auch stets durch Gewalt umkommen. Wenn es eine historische Gerechtigkeit gibt, dann ist es die Tatsache, daß das bis zuletzt mit Blut gekittete Lebenswerk dieses Mannes sich als eine sinnlos-tragische Episode erweist.

Der Tod Francos könnte die Hoffnung, daß damit auch die letzte Diktatur im nichtkommunistischen Europa verschwinden wird, nicht beflügeln, wäre es nur der Tod eines einzigen Mannes, und wäre er auch noch so stark gewesen. Vielmehr hat sich auch die spanische Gesellschaft gewandelt, getrieben von der wirtschaftlichen Entwicklung, und die autoritären Fesseln werden nicht mehr allein von den Massen der ausgebeuteten Arbeiter, Kleinbauern und Landarbeiter als solche empfunden.

Der künstlich am Leben gehaltene, auf ein Kindergewicht geschrumpfte Körper des Mannes, der nun tot ist, erhält Symbolwert für ein System, das sich selbst überlebt hat und selbst jenen, die es errichteten, zur Last geworden ist. Ob diese Erkenntnis freilich ausreicht, Spanien wirklich einen friedlichen Anschluß an die Demokratie zu ermöglichen, wird erst die Zukunft lehren.

Zum Tag der Menschenrechte

Am 10. Dezember 1948 wurde von den Vereinten Nationen die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte verkündet. Eine der wirklich großen Errungenschaften der Weltorganisation, die auch heute nichts von ihrer Bedeutung und ihrer Gültigkeit verloren hat. Denn die in der Deklaration formulierten Rechte und Freiheiten sind noch lange nicht weltweit realisiert. Und es wird noch vieler Anstrengungen bedürfen, damit die hohen Ziele tatsächlich zu einem unabdingbaren Bestandteil des täglichen Lebens jedes einzelnen Menschen in der ganzen Welt werden; trotz — oder vielleicht gerade wegen der jüngsten Deklarationen von Helsinki...

ARTIKEL 1. - Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt und sollen einander im Geiste der Brüderlichkeit begegnen.

ARTIKEL 2. - Jeder Mensch hat Anspruch auf die in dieser Erklärung verkündeten Rechte und Freiheiten ohne irgendeine Unterscheidung, wie etwa nach Rasse, Farbe, Geschlecht, Sprache, Religion, politischer oder sonstiger Überzeugung, nationaler oder sozialer Herkunft, nach Eigentum, Geburt oder sonstigen Umständen.

Ferner darf keine Unterscheidung gemacht werden auf Grund der politischen, rechtlichen oder internationalen Stellung des Landes oder Gebietes, dem eine Person angehört, ohne Rücksicht darauf, ob es unabhängig ist, unter Treuhandschaft steht, keine Selbstregierung besitzt oder irgendeiner anderen Beschränkung seiner Souveränität unterworfen ist.

ARTIKEL 3. - Jeder Mensch hat das Recht auf Leben, Freiheit und Sicherheit der Person.

ARTIKEL 4. - Niemand darf in Sklaverei oder Leibeigenschaft gehalten werden; Sklaverei und Sklavenhandel sind in allen ihren Formen verboten.

ARTIKEL 5. - Niemand darf der Folter oder grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe unterworfen werden.

ARTIKEL 6. - Jeder Mensch hat überall Anspruch auf Anerkennung als Rechtsperson.

ARTIKEL 7. - Alle Menschen sind vor dem Gesetze gleich und haben ohne Unterschied Anspruch auf gleichen Schutz durch das Gesetz. Alle haben Anspruch auf gleichen Schutz gegen jede unterschiedliche Behandlung, welche die vorliegende Erklärung verletzen würde, und gegen jede Aufreizung zu einer derartigen unterschiedlichen Behandlung.

ARTIKEL 8. - Jeder Mensch hat Anspruch auf wirksamen Rechtsschutz vor den zuständigen innerstaatlichen Gerichten gegen alle Handlungen, die seine ihm nach der Verfassung oder nach dem Gesetz zustehenden Grundrechte verletzen.

ARTIKEL 9. - Niemand darf willkürlich festgenommen, in Haft gehalten oder des Landes verwiesen werden.

ARTIKEL 10. - Jeder Mensch hat in voller Gleichberechtigung Anspruch auf ein der Billigkeit entsprechendes und öffentliches Verfahren vor einem unabhängigen und unparteiischen Gericht, das über seine Rechte und Verpflichtungen oder über irgendeine gegen ihn erhobene strafrechtliche Beschuldigung zu entscheiden hat.

ARTIKEL 11. - (1) Jeder Mensch, der einer strafbaren Handlung beschuldigt wird, ist so lange als unschuldig anzusehen, bis seine Schuld in einem öffentlichen Verfahren, in dem alle für seine Verteidigung nötigen Voraussetzungen gewährleistet waren, gemäß dem Gesetz nachgewiesen ist.

(2) Niemand kann wegen einer Handlung oder Unterlassung verurteilt werden, die im Zeitpunkt, da sie erfolgte, auf Grund des nationalen oder internationalen Rechts nicht strafbar war.

Desgleichen kann keine schwerere Strafe verhängt werden als die, welche im Zeitpunkt der Begehung der strafbaren Handlung anwendbar war.

ARTIKEL 12. - Niemand darf willkürlichen Eingriffen in sein Privatleben, seine Familie, sein Heim oder seinen Briefwechsel, noch Angriffen auf seine Ehre und

seinen Ruf ausgesetzt werden. Jeder Mensch hat Anspruch auf rechtlichen Schutz gegen derartige Eingriffe oder Anschläge.

ARTIKEL 13. - (1) Jeder Mensch hat das Recht auf Freizügigkeit und freie Wahl seines Wohnsitzes innerhalb eines Staates.

(2) Jeder Mensch hat das Recht, jedes Land, einschließlich seines eigenen, zu verlassen sowie in sein Land zurückzukehren.

ARTIKEL 14. - (1) Jeder Mensch hat das Recht, in anderen Ländern vor Verfolgungen Asyl zu suchen und zu genießen.

(2) Dieses Recht kann jedoch im Falle einer Verfolgung wegen nichtpolitischer Verbrechen oder wegen Handlungen, die gegen die Ziele und Grundsätze der Vereinten Nationen verstoßen, nicht in Anspruch genommen werden.

ARTIKEL 15. - (1) Jeder Mensch hat Anspruch auf eine Staatsangehörigkeit.

(2) Niemandem darf seine Staatsangehörigkeit willkürlich entzogen oder das Recht versagt werden, seine Staatsangehörigkeit zu wechseln.

ARTIKEL 16. - Heiratsfähige Männer und Frauen haben ohne Beschränkung durch Rasse, Staatsbürgerschaft oder Religion das Recht, eine Ehe zu schließen und eine Familie zu gründen. Sie haben bei der Eheschließung, während der Ehe und bei deren Auflösung gleiche Rechte.

(2) Die Ehe darf nur auf Grund der freien und vollen Willenseinigung der zukünftigen Ehegatten geschlossen werden.

(3) Die Familie ist die natürliche und grundlegende Einheit der Gesellschaft und hat Anspruch auf Schutz durch Gesellschaft und Staat.

ARTIKEL 17. - (1) Jeder Mensch hat allein oder in Gemeinschaft mit anderen Recht auf Eigentum.

(2) Niemand darf willkürlich seines Eigentums beraubt werden.

ARTIKEL 18. - Jeder Mensch hat Anspruch auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit; dieses Recht umfaßt die Freiheit, seine Religion oder seine Überzeugung zu wechseln, sowie die Freiheit, seine Religion oder seine Überzeugung allein oder in Gemeinschaft mit anderen, in der Öffentlichkeit oder privat, durch Lehre, Ausübung, Gottesdienst und Vollziehung von Riten zu bekunden.

ARTIKEL 19. - Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinungsäußerung; dieses Recht umfaßt die Freiheit, Meinungen unangefochten kundzutun und Informationen und Ideen mit allen Verständigungsmitteln ohne Rücksicht auf Grenzen zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.

ARTIKEL 20. - (1) Jeder Mensch hat das Recht auf Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit zu friedlichen Zwecken.

(2) Niemand darf gezwungen werden, einer Vereinigung anzugehören.

ARTIKEL 21. - (1) Jeder Mensch hat das Recht, an der Leitung der öffentlichen Angelegenheiten seines Landes unmittelbar oder durch frei gewählte Vertreter teilzunehmen.

(2) Jeder Mensch hat unter gleichen Bedingungen das Recht auf Zulassung zu öffentlichen Ämtern in seinem Lande.

(3) Der Wille des Volkes bildet die Grundlage für die Autorität der öffentlichen Gewalt; dieser Wille muß durch periodische und unverfälschte Wahlen mit allgemeinem und gleichem Wahlrecht bei geheimer Stimmabgabe oder in einem gleichwertigen freien Wahlverfahren zum Ausdruck kommen.

ARTIKEL 22. - Jeder Mensch hat als Mitglied der Gesellschaft Recht auf soziale Sicherheit; er hat Anspruch darauf, durch innerstaatliche Maßnahmen und internationale Zusammenarbeit unter Berücksichtigung der Organisation und der Hilfsmittel jedes Staates in den Genuß der für seine Würde und die freie Entwicklung

seiner Persönlichkeit unentbehrlichen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte zu gelangen.

ARTIKEL 23. - (1) Jeder Mensch hat das Recht auf Arbeit, auf freie Berufswahl, auf angemessene und befriedigende Arbeitsbedingungen sowie auf Schutz gegen Arbeitslosigkeit.

(2) Alle Menschen haben ohne jede unterschiedliche Behandlung das Recht auf gleichen Lohn für gleiche Arbeit.

(3) Jeder Mensch, der arbeitet, hat das Recht auf angemessene und befriedigende Entlohnung, die ihm und seiner Familie eine der menschlichen Würde entsprechende Existenz sichert und die, wenn nötig, durch andere soziale Schutzmaßnahmen zu ergänzen ist.

(4) Jeder Mensch hat das Recht, zum Schutze seiner Interessen Berufsvereinigungen zu bilden und solchen beizutreten.

ARTIKEL 24. - Jeder Mensch hat Anspruch auf Erholung und Freizeit sowie auf eine vernünftige Begrenzung der Arbeitszeit und auf periodischen, bezahlten Urlaub.

ARTIKEL 25. - (1) Jeder Mensch hat Anspruch auf eine Lebenshaltung, die seine und seiner Familie Gesundheit und Wohlbefinden, einschließlich Nahrung, Kleidung, Wohnung, ärztlicher Betreuung und der notwendigen Leistungen der sozialen Fürsorge, gewährleistet; er hat das Recht auf Sicherheit im Falle von Arbeitslosigkeit, Krankheit, Invalidität, Verwitwung, Alter oder von anderweitigem Verlust seiner Unterhaltsmittel durch unverschuldete Umstände.

(2) Mutter und Kind haben Anspruch auf besondere Hilfe und Unterstützung. Alle Kinder, eheliche und uneheliche, genießen den gleichen sozialen Schutz.

ARTIKEL 26. - (1) Jeder Mensch hat das Recht auf Bildung. Der Unterricht muß wenigstens in den Elementar- und Grundschulen unentgeltlich sein. Der Elementarunterricht ist obligatorisch. Fachlicher und beruflicher Unterricht soll allgemein zugänglich sein; die höheren Studien sollen allen nach Maßgabe ihrer Fähigkeiten und Leistungen in gleicher Weise offenstehen.

(2) Die Ausbildung soll die volle Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit und die Stärkung der Ach-

tung der Menschenrechte und Grundfreiheiten zum Ziele haben. Sie soll Verständnis, Duldsamkeit und Freundschaft zwischen allen Nationen und allen rassischen oder religiösen Gruppen fördern und die Tätigkeit der Vereinten Nationen zur Aufrechterhaltung des Friedens begünstigen.

(3) In erster Linie haben die Eltern das Recht, die Art der ihren Kinder zuteil werdenden Bildung zu bestimmen.

ARTIKEL 27. - (1) Jeder Mensch hat das Recht, am kulturellen Leben der Gemeinschaft frei teilzunehmen, sich der Künste zu erfreuen und am wissenschaftlichen Fortschritt und dessen Wohltaten teilzuhaben.

(2) Jeder Mensch hat das Recht auf Schutz der moralischen und materiellen Interessen, die sich aus jeder wissenschaftlichen, literarischen oder künstlerischen Produktion ergeben, deren Urheber er ist.

ARTIKEL 28. - Jeder Mensch hat Anspruch auf eine soziale und internationale Ordnung, in welcher die in der vorliegenden Erklärung angeführten Rechte und Freiheiten voll verwirklicht werden können.

ARTIKEL 29. - (1) Jeder Mensch hat Pflichten gegenüber der Gemeinschaft, in der allein die freie und volle Entwicklung seiner Persönlichkeit möglich ist.

(2) Jeder Mensch ist in Ausübung seiner Rechte und Freiheiten nur den Beschränkungen unterworfen, die das Gesetz ausschließlich zu dem Zwecke vorsieht, um die Anerkennung und Achtung der Rechte und Freiheiten der anderen zu gewährleisten und den gerechten Anforderungen der Moral, der öffentlichen Ordnung und der allgemeinen Wohlfahrt in einer demokratischen Gesellschaft zu genügen.

(3) Rechte und Freiheiten dürfen in keinem Fall im Widerspruch zu den Zielen und Grundsätzen der Vereinten Nationen ausgeübt werden.

ARTIKEL 30. - Keine Bestimmung der vorliegenden Erklärung darf so ausgelegt werden, daß sich daraus für einen Staat, eine Gruppe oder eine Person irgendein Recht ergibt, eine Tätigkeit auszuüben oder eine Handlung zu begehen, die auf die Vernichtung der in dieser Erklärung angeführten Rechte und Freiheiten abzielen.

1976

Das kommende Jahr sei uns ein weiterer entscheidender Schritt näher zu unserem großen Ziel:

**Freiheit und friedliche Zusammenarbeit
aller in einer
sozialistischen Gesellschaft**

„Den Toten zum Gedenken – den Lebenden zur Mahnung“

In der Mahn- und Gedenkstätte des ehemaligen KZ Mauthausen wurde am Samstag, dem 8. November 1975, von der österreichischen Lagergemeinschaft Ravensbrück die Ausstellung „KZ Ravensbrück – den Toten zum Gedenken – den Lebenden zur Mahnung“ eröffnet. Die Ausstellung, die vor einiger Zeit in ganz Österreich gezeigt worden ist, wird nunmehr dauernd in Mauthausen bleiben. Unser Obmann Genossin Rosa Jochmann war selbst durch sechs Jahre hindurch im KZ Ravensbrück inhaftiert. Nun, bei der Eröffnung der Ausstellung, hielt Genosse Dr. Heinrich Keller die folgende Ansprache.

Die Eröffnung der Ausstellung „KZ Ravensbrück – den Toten zum Gedenken – den Lebenden zur Mahnung“ ist für mich, als Angehöriger einer Generation, die in einem freien und menschlichen Österreich leben darf, Anlaß, Ihnen zu danken. Wenn ich mir jetzt und heute die Schrecken der Vergangenheit vergegenwärtige, so glaube ich, müssen wir, um die Gegenwart zu meistern, die Vergangenheit bewältigen. Was war geschehen? Einer Tafel der Ausstellung entnehme ich:

„Aus 23 Nationen waren im Frauenkonzentrationslager Ravensbrück in den Jahren 1939 bis 1945 mehr als 140.000 Frauen, Mädchen und Kinder den grausamsten Methoden der SS ausgesetzt. Die Frauen wurden, solange ihre körperliche Kraft dazu reichte, zur Arbeit in Betrieben für Kriegsrüstung gezwungen. Und wer waren die Frauen von Ravensbrück? Es waren Frauen aller Bevölkerungskreise: Arbeiterinnen, Angestellte, Ärztinnen, Künstlerinnen, Bäuerinnen, Hausfrauen, Lehrlingmädchen und Studentinnen. Ihre Nationalität, Konfession und Weltanschauung war sehr verschieden; aber im Kampf gegen den Faschismus und Krieg waren sich alle einig. Um die Zahl der Häftlinge zu dezimieren, erfand die SS die verschiedensten Arten des Mordes...“
Und weiter heißt es: *„92.000 Frauen, Mädchen und Kinder mußten an dieser Stätte ihr Leben lassen. Sie starben, damit Sie in Frieden leben können!“*

Wie grauenvoll das Ausmaß an Unmenschlichkeit war, läßt sich aber nicht nur an Toten messen.

Eugen Kogon berichtet in seinem Buch „Der SS-Staat“ über Ravensbrück:

„Der Reichsarzt SS Dr. Grawitz, der mit fast sämtlichen Menschenexperimenten der SS zu tun hatte, ordnete 1942 die Infizierung weiblicher Häftlinge des KZ Ravensbrück mit Staphylokokken, Gasbrandbazillen, Tetanusbazillen und Erreger-Mischkulturen an, um die Heilwirkung von Sulfonamiden festzustellen. Die Durchführung übernahm der Ordinarius für orthopädische Chirurgie der Universität Berlin und Chefarzt der Heilanstalt Hohenlychen, Professor Dr. Karl Gebhardt, Freund und Leibarzt Himmlers. Er ließ die Operationen meist an polnischen Frauen durch die SS-Ärzte Dr. Schiedlausky, Dr. Rosenthal, Dr. Ernst Fischer und Dr. Herta Oberheuser vornehmen. Eine tatsächlich verantwortliche Überwachung erfolgte nicht. Infiziert wurden die Frauen, die nicht erfuhren, welche Absichten man mit ihnen verfolgte, in allen Fällen an den Unterschenkeln. Der Einschnitt ging, wie später an den vernarbten Wunden einiger weniger Überlebender zu sehen war, und von Zeugen bestätigt wurde, häufig bis zum Knochen! Mehrmals wurden den Versuchspersonen außer den Bakterienkulturen auch noch Holzteilchen oder Holzsplitter und Glasscherben in die Wunden eingelegt, und die Beine der Patienten vereiterten rasch. Die allein zur Beobachtung des Krankheitsfortschrittes nicht weiter behandelten Opfer starben unter gräßlichen Schmerzen; aber auch von den übrigen überlebte nur ein geringer Teil.“

Als jungem Sozialisten sei es mir gestattet, eine Frau besonders hervorzuheben. Ich will Käthe Leichter gedenken — sie sei ein Beispiel für Tausende. Käthe Leichter, die vor 1934 zu den bekanntesten Persönlichkeiten der Sozialdemokratie gehört hatte — sie war die Sekretärin Otto Bauers —, wurde 1938 von der Gestapo geholt, nachdem es ihr gelungen war, ihren

Mann und ihre Kinder ins Ausland zu bringen. Sie war in Ravensbrück ein Vorbild an Hilfsbereitschaft und Mut. Die SS schickte sie in die Gaskammer.

Wir sind heute hier zusammengekommen, um derer zu gedenken, die in Unfreiheit gelitten haben und oft eines gräßlichen Todes gestorben sind. In dieses Gedenken wollen wir alle jene mit einschließen, die als Widerstandskämpfer in den Jahren der Diktatur innerhalb und außerhalb Österreichs, aus welcher Nation und an welchen Orten auch immer, das Opfer ihres Lebens für Recht und Menschenwürde gebracht haben. Wir schließen ebenfalls und ausdrücklich alle jene Menschen ein, die in unserem Namen verfolgt wurden und unter den Untaten der NS-Herrschaft gelitten haben.

Oft, und leider zu oft, wird die Frage nach dem Sinn einer Feier wie der heutigen gestellt. Sie soll die Vergangenheit verlebendigen, damit wir in der Gegenwart leben können. Tradition heißt, nach dem schönen Wort des im Jahre 1914 ermordeten Kriegsgegners Jean Jaurès, nicht Asche zu verwahren, sondern eine Flamme am Brennen zu halten!

Wie war es möglich — so müssen wir auch heute uns fragen —, daß Menschen unseres Volkes sich im sogenannten Dritten Reich in Selbstüberhebung, in Rassenwahn und Eroberungssucht verloren? Wie war es möglich, daß bürgerliche Freiheit, Menschenwürde und Selbstbestimmung so barbarisch mißachtet werden konnten? Von dieser Frage dürfen wir uns nicht davostehlen, wollen wir mit uns selber zurechtkommen.

Faschismus und Rassenwahn wurden nicht schicksalhaft über unser Land gebracht. Das Dritte Reich war nicht etwa eine Art Betriebsunfall, der ausschließlich und allein aus wirtschaftlicher Not und Arbeitslosigkeit entstanden ist. Wir müssen erkennen, daß eine bis in unsere Zeit geübte Erziehung zur folgsamen Untertänigkeit gegenüber jeder Obrigkeit, bis hin zur widerspruchslosen Unterwerfung, auch unter die Befehle des Verbrechens, zumindest ebenfalls Ursache der Schrecknisse des Terrorregimes war. Der verderbliche Grundsatz „Befehl ist Befehl“ hat die Menschen außerstand gesetzt, menschlich zu handeln. Ebenso wie der Grundsatz „Gesetz ist Gesetz“ dazu führte, daß Richter im Namen des Rechts in Wirklichkeit Unrecht übten.

Wir können unsere Vergangenheit nicht dadurch bewältigen, daß wir sie verdrängen. Nur aus einer bewußten Vergangenheit können wir lernen.

Wir haben außerdem die Verpflichtung, wachsam zu sein, wenn Zeichen von Unmenschlichkeit und Nationalismus sich da oder dort regen. Wir sind zur Solidarität mit den Unterdrückten verpflichtet, gleichgültig, ob es sich um Diktatur im Westen oder im Osten handelt. Menschlichkeit ist unteilbar, Freiheit und Demokratie sind eine tägliche Herausforderung und Aufgabe.

Wir dürfen nicht auf einem Auge blind sein — wir dürfen aber ebenso nicht beide Augen zudrücken, wenn es gilt, Unrecht und Unmenschlichkeit aufzuzeigen.

Österreich hat in diesem Jahr den 30. Jahrestag seiner Befreiung gefeiert; aber noch immer meinen einige Menschen in unserem Land, sie hätten einen Krieg verloren.

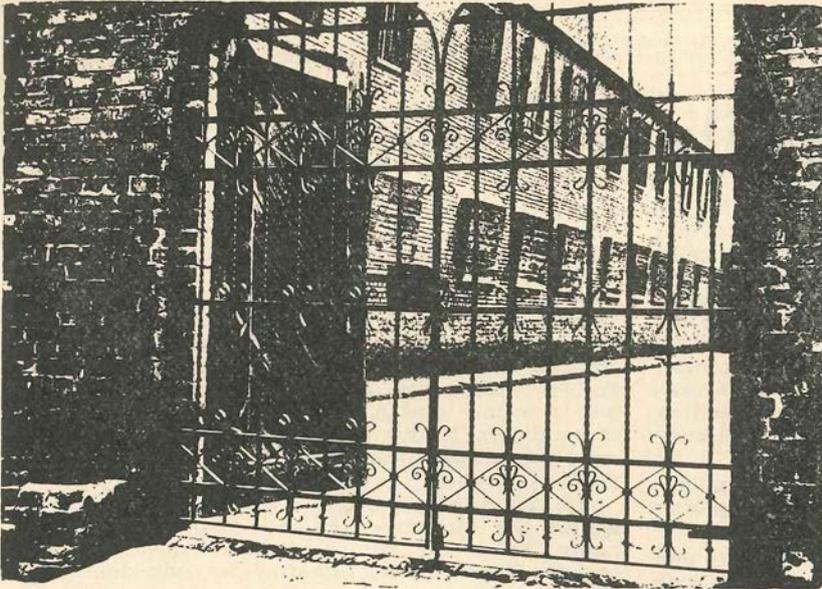
Noch immer gibt es welche, die bis heute nicht begriffen haben, wo die Freunde und wo die Feinde Österreichs gestanden haben.

Noch immer meinen welche, sie hätten damals nur ihre „Pflicht“ getan.

Noch immer gibt es welche, die Widerstandskämpfer und Partisanen als Vaterlandsverräter betrachten.

Es ist daher unser aller Aufgabe, die Vergangenheit wachzuhalten und — dieses schöne Wort Jean Jaurès' zu wiederholen:

„Nicht die Asche verwahren, sondern eine Flamme am Brennen erhalten!“



Besuch in Auschwitz

Aus Anlaß des Staatsbesuches des Bundespräsidenten besuchte am 22. Mai 1975 eine von Genossen Ernst Toch geleitete Delegation der österreichischen Lagergemeinschaft Auschwitz das ehemalige Vernichtungslager. Ursprünglich war die Gedenkfahrt zum 30. Jahrestag der Befreiung vorgesehen. Sie wurde aber auf den Zeitpunkt des Staatsbesuches von Bundespräsident Dr. Rudolf Kirchschläger verschoben.

Das österreichische Staatsoberhaupt, das diesen Besuch des ehemaligen Lagers ausdrücklich gewünscht hatte, wurde von der österreichischen Auschwitz-Delegation beim Lagertor begrüßt und bei seinem Besuch durch das Stammlager (Auschwitz I) begleitet. Während der Kranzniederlegung im Zweiglager Birkenau gab Dr. Kirchschläger seiner tiefen Bewegung Ausdruck, die jeden Besucher an diesem Ort der Leiden und des Grauens ergreifen müßte. „Dennoch“, so fuhr er fort, „solle man darüber nicht den Mantel des Vergessens breiten, sondern vielmehr die Erinnerung an das unermeßliche Leid aufrechterhalten. Dies jedoch nicht, um Gefühle der Rache zu nähren, sondern um zu verhindern, daß sich solches jemals wiederhole. Jene Menschen aber, die das Grauen hier erlebt und überlebt haben, sind einander näher gekommen, und die gemeinsam erlebten Leiden wurden so zu einem Bindemittel für die spätere Zusammenarbeit aller im Interesse von Entspannung und Frieden.“

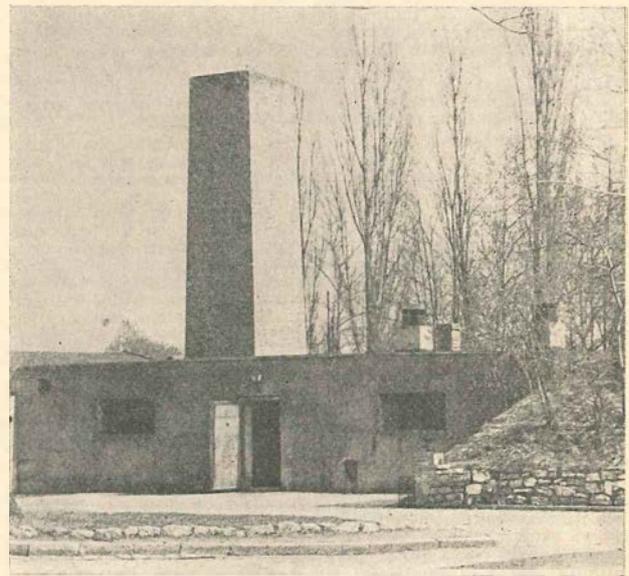
Im Stammlager (Auschwitz I) besichtigte der Bundespräsident die Räume des Museums und verweilte in stillem Gedenken vor dem Krematorium, der Gedenktafel für die Österreicher Burger, Friemel und Vesely auf Block II (wo auch die österreichische Delegation Blumen niederlegte) und legte einen Kranz bei der schwarzen Wand auf dem Exekutionsblock II nieder, bei dem eine Ehrenwache aufgezogen war.

In Begleitung des österreichischen Bundespräsidenten befanden sich der polnische Staats-

präsident Jablonski, Ministerpräsident Jarosiewicz sowie Minister Dr. Bielka-Karltreu, der sich des Lagerkommandanten von Auschwitz, Rudolf Höss, noch aus jener Zeit erinnerte, als dieser noch in Dachau Blockführer war. Bielka war damals Häftling in Dachau.

Am Abend des gleichen Tages war die österreichische Delegation Gast der Krakauer Auschwitz-Gemeinschaft. Genosse Dr. Franz Danimann überreichte den polnischen Freunden ein Exemplar des Buches „Die Steine reden“ von Erich Fein und gedachte dabei der polnisch-österreichischen Kampf- und Opfergemeinschaft von Auschwitz, die mit der gemeinsamen Hinrichtung von drei Österreichern und zwei Polen am 30. Dezember 1944 ihren tragischen Abschluß fand und so im wahrsten Sinne des Wortes mit Blut besiegelt wurde.

Nicht den Mantel des Vergessens darüber breiten, sondern die Erinnerung stets wachhalten!



Auschwitz (Oświęcim): Krematorium Nr. 1

Wir Bolschewiken

Der Bundeskanzler hat mir Freitag zugerufen: „Sie sind ein Bolschewik! Sie haben sich nie ehrlich zur Demokratie bekannt!“ Ich habe dem Bundeskanzler im Parlament nicht antworten können. Man kann nicht Gesinnungsbekennnisse ablegen angesichts jener grin-senden und tobenden Ignoranz, deren Urinstinkte der Kanzler mit so handgreiflichem Erfolg gegen mich auf-zupeitschen suchte. Aber ich will dem Bundeskanzler an dieser Stelle antworten. Nicht um seinetwillen, son-derum um der Tausenden jungen Arbeiter, Angestellten, Studenten willen, die auf mich hören und von denen ich nicht mißverstanden sein will.

Vor allem: Ich halte jeden für einen armseligen Spießkerl, der das Wort Bolschewik als ein Schimpfwort oder wie ein Schimpfwort gebraucht.

Auf dem ungeheuren Raum zwischen der Ostsee und dem Japanischen Meer leben mehr als hundertsechzig Millionen Menschen. Ihre Zahl wächst jährlich um dreieinhalb Millionen — in zwei Jahren um mehr, als unser Österreich Einwohner hat. Auf diesem Gebiet vollzieht sich seit fünfzehn Jahren eine Revolution, die Wirtschaft und Staat, individuelle Lebensführung und geistiges Leben noch viel tiefer umgewälzt hat als die gewaltige englische Revolution des siebzehnten und die gewaltige französische Revolution des achtzehnten Jahrhunderts. Was immer das schließliche Resultat dieser Revolution sein wird — sie bleibt das unge-heuerste Geschehen unserer Zeit. Der Historiker, der in fünfzig Jahren die Weltgeschichte unserer Zeit erzäh-len wird, wird der russischen Revolution mehr Bände widmen als allem, was nach dem Kriege in unserem Österreich geschehen ist, Zeilen. Jeder denkende Zeit-genosse ringt mit den ungeheuren Problemen des Bol-schewismus. Nur Spießern ist das Wort Bolschewik nicht mehr als ein Schimpfwort.

Ich sehe die weltgeschichtliche Größe dessen, was in der Sowjetunion geschieht. Ich bemühe mich seit fünf-

zehn Jahren, es gewissenhaft zu studieren. Aber ich bin kein Bolschewik. Was mich vom Bolschewismus scheidet, sind nicht etwa bloß taktische Erwägungen darüber, daß die Methode der Bolschewiken, in der Geschichte und in der sozialen Struktur Rußlands begründet, in West- und Mitteleuropa nicht nach-geahmt werden kann. Was mich vom Bolschewismus scheidet, ist etwas viel Wesentlicheres als alle tak-tischen Erwägungen, ist etwas Grundsätzliches, etwas, was in meiner ganzen Auffassung der Entwicklung der menschlichen Kultur begründet ist: ist meine Schät-zung des unersetzlichen Wertes der individuellen, der geistigen Freiheit.

In jahrhundertelangen Kämpfen, in denen die Besten der Menschheit Freiheit und Leben geopfert haben, haben die europäischen Nationen dem Staat und der Kirche die Bürgschaften der individuellen, der geistigen Freiheit abgerungen.

Es gäbe keine Wissenschaft, vor allem keine moderne Naturwissenschaft, ohne die schwer erkämpften großen Siege im Kampf um die geistige Freiheit. Und ohne die moderne Naturwissenschaft gäbe es keine moderne Technik, Medizin, Hygiene, keine moderne Zivilisation.

Es gäbe kein modernes öffentliches Leben, kein Ringen der großen Geistesströmungen um die Seele der Völker, ohne jene schwer erkämpften Errungen-schaften der individuellen, der geistigen Freiheit — nicht jene große Schule, in der allein die Völker zur Selbstbestimmung reifen können.

Es ist meine Überzeugung, daß der Sozialismus die Bürgschaften der individuellen geistigen Freiheit nicht zerstören soll, sondern sie, das kostbarste Erbe des Zeitalters der bürgerlichen Revolution, hinüberretten muß in die sozialistische Gesellschaft der Zukunft, in der sie erst, von aller kapitalistischen Verfälschung und von allen kapitalistischen Fesseln befreit, ihre volle Entfaltung finden, ihre volle Schöpferkraft be-kunden werden.

Wenn ich lese, daß die russische Diktatur Männer wie Sinowjew, Kamenjew, Uglanow ausstößt und mundtot macht, nur weil sie über die oder jene Einzel-frage anderer Meinung sind als der Diktator, und daß für diese Männer nicht die geringste Möglichkeit besteht, in Wort oder in Schrift für ihre abweichende Meinung im russischen Volke zu werben oder sie vor dem russischen Volk zu rechtfertigen; wenn ich sehe, wie auf einen Wink des Diktators alle Gelehrten im weiten Rußland ihre soziologischen, ihre philosophi-schen Überzeugungen bei Strafe der Amtsentsetzung, der Verhaftung, der Verbannung verleugnen oder revidieren müssen; wenn ich sehe, wie jeder russische Arbeiter, Bauer, Beamte, der eine der Regierung miß-liebige Meinung zu äußern wagt, ohne gerichtliches Verfahren, auf administrativem Wege verhaftet und schwersten Strafen unterworfen werden kann, dann fühle ich: da kann ich nicht mit! Da scheidet mich vom Bolschewismus meine Schätzung des Wertes der indi-viduellen geistigen Freiheit.

Um der individuellen geistigen Freiheit willen bin ich Demokrat. Die Demokratie — das ist mir etwas mehr als der Parlamentarismus, mehr als eine Summe juristischer Institutionen. Sie ist mir die Staatsverfas-sung, die die bestmöglichen Bürgschaften der indi-viduellen, der geistigen Freiheit gibt. Sie ist mir, wie ich es einmal in einer Abhandlung gesagt habe, die von Demokraten aller europäischen Länder in allen europäischen Sprachen verbreitet worden ist, das kost-bare Gefäß der geistigen Freiheit.

Meine demokratische Überzeugung hat also, Herr Dr. Dollfuß, etwas tiefere Wurzeln als die demokrati-schen Bekenntnisse derer, die sich mit der Demokra-tie „abgefunden“ haben, als sie nicht mehr anders

Die Hinrichtungen in Spanien

Die Salven des Erschießungskommandos waren zwei Kilo-meter weit vom Schießplatz der Kaserne auf einem Hügel hinter dem Dorf Hoyos de Manzanares deutlich zu hören. Bis dorthin wurden die Journalisten an den Hinrichtungsort her-angelassen. Die Salven, unter denen seine beiden Leidens-genossen und Freunde starben, hörte auch der 22 Jahre alte Physikstudent José Luis Sanchez-Bravo im Polizeiwagen. Er wurde als letzter erschossen, 40 Minuten nach dem 24 Jahre alten Gießereiarbeiter Humberto Baena, 20 Minuten nach dem 26 Jahre alten Schweißer García Sanz. Alle drei hatten es abgelehnt, sich die Augen verbinden zu lassen, wurden auch nicht an Pfähle gefesselt, empfingen frei stehend, die Augen auf, das Erschießungskommando der Polizei...

In Madrid durfte Miguel Paredes dabei sein, als sein Bru-der Juan an einer Friedhofsmauer erschossen wurde. Juan Paredes sang, während die Schüsse fielen und auch, als er schon auf dem Boden lag, den „Gudariak“, das Kampflied der baskischen Republikaner im Bürgerkrieg. Sein Bruder hielt während der Todesschüsse zwei Finger, in V-Form zum Siegeszeichen gespreizt, in die Luft. Als Juan Paredes zur Hinrichtung abgeführt wurde, hatte er seinem Bruder noch ein Familienfoto zurückgegeben; auf die Rückseite hatte er geschrieben: „Morgen früh, wenn ich sterben werde, will ich weder Klagen noch Tränen. Ich werde Euch von drüben schreiben und Euch alle wiedersehen.“ Und dann war in bas-kischer Sprache hinzugefügt: „Ich sterbe für mein Vaterland.“

Den in Madrid erschossenen drei FRAP-Mitgliedern wurde nicht erlaubt, sich vor dem Tod voneinander zu verabschie-den. Einer von ihnen, García Sanz, hatte fast die ganze Nacht allein in der Todeszelle verbracht, denn er hatte keine nähe-ren Verwandten mehr. Er sang in seiner Todeszelle fast die ganze Nacht politische Lieder.

Bei Sanchez-Bravo war seine schwangere Frau, die wegen „unerlaubter“ politischer Propaganda schon seit über zwei Wochen im Gefängnis sitzt. Der 21 Jahre alte Student schrieb einen sehr gefähten Brief an seine Schwester, in dem er Vorsorge für sein noch nicht geborenes Kind und dessen Zukunft trifft: „Ich sterbe ruhig und in dem Bewußtsein“, schrieb er, „daß mein Tod hilft, ein besseres Spanien zu schaffen.“

konnten, und nach der Autokratie wieder auszulügen beginnen, sobald sie eine Konjunktur für sie wittern.

Aber wenn ich die geistige Freiheit schätze, so hasse ich mit unauslöschlichem Haß den Kapitalismus. Ich hasse diese Gesellschaftsordnung, deren Mechanismus unabwendbar in jedem Jahrzehnt einmal Millionen Menschen in furchtbarste Not schleudert, nicht weil es an Gütern fehlte, sie mit allem Notwendigen zu versorgen, sondern weil es nicht profitabel ist, diese Güter zu erzeugen. Ich hasse diese Gesellschaftsordnung, die die Könige des Goldes zu Herren der Welt macht und alle demokratische Selbstbestimmung der Völker verfälscht, indem sie alle Staaten und alle Regierungen hundertzählig abhängig macht von den Königen des Geldes. Ich hasse diese Gesellschaftsordnung, die in den großen Ländern den Staat Mächten ausliefert, die zu neuen Kriegen treiben, in kleinen Ländern aber die verdrießliche Anmaßung kulturloser Spießbürger zur Herrin des Staates macht.

Und sehen Sie nun, Herr Dollfuß: wenn die Diktatur des russischen Bolschewismus gewaltsam gestürzt würde, dann würde die Menschheit für geraume Zeit den Glauben an die Möglichkeit einer andern, einer höheren Gesellschaftsordnung als der des Kapitalismus verlieren; dann würde dadurch die Lebensdauer der kapitalistischen Barbarei verlängert. Wenn es dagegen dem russischen Bolschewismus gelingen sollte, auf dem großen Kontinent zwischen der Ostsee und dem Japanischen Meer den Völkern der Welt durch die Tat den Beweis zu erbringen, daß ein Volk Wohlstand erringen kann in einer Gesellschaftsordnung, in der die Naturschätze und die Arbeitsmittel nicht mehr dem Kapital gehören, sondern der Gesamtheit, und die Produktion nicht mehr der kapitalistischen Anarchie überantwortet ist, sondern nach gesellschaftlichem Plane gelenkt wird, dann würde der Gedanke des Sozialismus in der ganzen Welt unwiderstehliche Werbekraft erlangen. Dann würde die letzte Stunde des Kapitalismus schlagen.

Deshalb, Herr Dollfuß, setze ich meine Hoffnung nicht auf den Sturz der russischen Diktatur, sondern darauf, daß es ihrem zähen, heroischen Ringen schließlich doch gelingen wird, die riesenhaften Schwierigkeiten, mit denen sie kämpft, zu meistern.

Glaube ich, daß dann, wenn das dem russischen Bolschewismus gelänge, die andern Völker nichts zu tun haben werden, als das russische Vorbild zu kopieren? Nein, das glaube ich nicht. Nur die Naivität von Menschen, die keine Geschichte gelernt oder nichts aus der Geschichte gelernt haben, kann glauben, daß sich die soziale Umwälzung des zwanzigsten Jahrhunderts in allen Ländern in der gleichen Weise, mit denselben Methoden, nach demselben Schema vollziehen werde.

Vergesse ich, wenn ich Hoffnungen auf die russische Revolution setze, was mich vom Bolschewismus scheidet? Nein! Aber ich bin überzeugt, wenn die Sowjetdiktatur gewaltsam gestürzt würde, würde in Rußland nicht die individuelle, nicht die geistige Freiheit siegen, sondern die rote Diktatur nur von einer weißen Diktatur abgelöst werden. Wenn dagegen der Sowjetdiktatur das Werk des sozialistischen Aufbaues

gelingt, wenn es ihr allmählich gelingen wird, die wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu meistern, die Ernährung und die Güterversorgung der russischen Arbeiter und Bauern zu verbessern, wenn sich damit die gefährvollen Spannungen, die heute das Aufbauwerk gefährden, allmählich lösen werden, wenn eine junge Generation, in sozialistischen Schulen erzogen, die alte, deren Geisteszustand noch in der bürgerlichen Welt wurzelt, abgelöst haben wird, dann wird die Diktatur überflüssig geworden sein und abgebaut werden können. Dann wird sich die russische Arbeiterschaft, ohne irgend etwas von dem Sozialistischen im Wirtschaftsleben, das die Diktatur aufzubauen versucht, in Gefahr zu bringen, die individuelle, die geistige Freiheit wieder erobern, ohne die echter Sozialismus nicht sein kann.

Das, Herr Dollfuß, ist meine Stellung zum Bolschewismus. Sie ist, ich gebe es zu, zu subtil, als daß sie jener Ignoranz verständlich sein könnte, die Ihrem „Sie sind ein Bolschewik“ entzückt grinsend applaudiert hat.

Aber ich spreche nicht zu jener Ignoranz. Ich spreche zu jenen Tausenden jungen Arbeitern, Angestellten, Studenten, die zu echter sozialistischer Gesinnung zu erziehen ich für die wichtigste Aufgabe des im öffentlichen Leben wirkenden Sozialdemokraten halte.

Zu echter Gesinnung, die in einer großen einheitlichen Auffassung der Kulturentwicklung der Menschheit fest begründet ist. Denn nur eine beständige, in Grundsätzen verwurzelte, sich selbst unerschütterlich treue Gesinnung kann alles Wirken in der Tagespolitik, das täglich taktische Wendungen und täglich Kompromisse mit der Wirklichkeit zwingend erheischt, als dienendes Mittel zu dem in der Gesinnung begründeten Ziele rechtfertigen und adeln.

Darum bemühe ich mich, unsere Jugend zum Verständnis des Wertes solcher in fester Weltanschauung begründeter Gesinnung zu erziehen.

Als Seipel starb, habe ich das Bild seiner Persönlichkeit in der „Arbeiter-Zeitung“ nicht mit den Augen des Gegners, der ihm tausendmal kämpfend gegenübergestanden ist, sondern mit den Augen des Historikers darzustellen versucht. Manche meiner Genossen haben mir darum gegrollt. Ich habe trotzdem nie bedauert, es getan zu haben. Denn ich wollte diese Gelegenheit benützen, unsere Jugend die Achtung vor jeder echten Gesinnung, auch vor der Gesinnung unseres schärfsten, haßerfülltesten, gefährlichsten Feindes zu lehren, wenn nur seine Gesinnung im ganzen Wesen des Mannes, in seiner ganzen Weltanschauung begründet ist. Aber eben weil ich unsere Jugend die Achtung vor jeder echten Gesinnung lehren will, deshalb lehre ich sie die Gesinnungslosigkeit verachten — Gesinnungslosigkeit, die sich in unzähligen Verhandlungen dem politischen Gegner gegenüber in Achtungsbezeugungen, in Freundlichkeiten, in Wünschen nach Zusammenarbeit überbietet, um dann in dem Augenblick, in dem sie um den Beifall der grinsenden Unwissenheit wirbt, demselben politischen Gegner öffentlich zuzuschreien: „Sie sind ein Bolschewik!“

„Wenn man eines Tages die Geschichte der Partei nach 1945 schreiben wird, dann wird das Wunder der raschen Wiedergeburt der SPÖ nur aus der Entwicklung der Partei in der Zeit ihrer größten Erniedrigung und Bedrängnis zu erklären sein.“



85 Jahre

Am 3. November feierte unser Genosse Maisel seinen 85. Geburtstag. Daß wir, die sozialistischen Freiheitskämpfer, die herzlichsten Wünsche seiner ehemaligen Kampfgefährten überbrachten, war wohl eine Selbstverständlichkeit. Denn das Geburtstagskind, das von einer ganz besonders hervorstechenden geistigen Frische ist, war ja einer der ersten, die nach den Februartagen 1934 im Zentralkomitee der Revolutionären Sozialisten tätig waren.

Es war ein trüber Novembertag, an dem Genosse Maisel im Jahr 1890 in der Hafengasse im 3. Wiener Bezirk das Licht der Welt erblickte. Es wird kaum einen älteren Landstraßer geben, der so wie er sein ganzes Leben in dem Bezirk blieb, in dem er geboren wurde, in dem er die Volks-, die Bürger- und die Gewerbeschule besuchte, in dem er bei Siemens-Halske als Lehrling eintrat und es zum Betriebsratsobmann

Solidarität mit Chile

Der Bericht über die Lage in Chile von Dr. Guillermino Bown, den wir in der letzten Nummer unserer Zeitung* veröffentlicht haben, hat nicht nur in eindringlicher Weise die Situation in diesem Land geschildert, sondern auch dargelegt, wie bedeutungsvoll die internationale Solidarität für den mutigen Widerstandskampf des chilenischen Volkes gegen seine Unterdrücker ist. Erschütternd sind die Berichte in den Zeitungen, erschütternd und mit einem gesunden Verstand gar nicht faßbar sind die Schilderungen jener chilenischen Genossen, die vor kurzem nach zweijähriger Haft den Schrecken der Konzentrationslager und ihrer Foltern entronnen sind und nun in Österreich Zuflucht gefunden haben.

Gerade die sozialistischen Freiheitskämpfer verbindet eine echte Schicksalsgemeinschaft mit den Opfern des chilenischen Faschismus. Und darum werden alle Genossen und Genossinnen gebeten, jetzt, zum Ausklang des Jahres, praktische Solidarität mit dem kämpfenden chilenischen Volk zu üben und wieder einen Beitrag zur Unterstützung seiner aktiven Widerstandskämpfer und ihrer Familien zu leisten. Ein Erlagschein liegt dieser Ausgabe unserer Zeitung bei; sollte er fehlen, dann bitten wir — auch wenn weitere Erlagscheine gebraucht werden —, diesen bei den Genossinnen oder Genossen unseres Jugendkontaktkomitees beziehungsweise in unserem Sekretariat zu verlangen.

* Vgl.: „Der sozialistische Kämpfer“, Oktober 1975, Seite 5.

Die Mitarbeiter

An dieser Nummer unserer Zeitung haben folgende Genossen und Genossinnen mitgearbeitet:

Franz Danimann, Josef Hindels, Leo Lesjak, Ruth Lichtenberg, Ella Lingens, Rudolfine Muhr, Frieda Nödl, Manfred Scheuch, Rudolf Trimmel.

und Werkmeister brachte, in dem er seine Familie gründete, und den er später als Gemeinderat vertrat; er verließ ihn auch nicht, als er zu Beginn der Zweiten Republik Minister wurde.

Sicher war ihm in der Wiege nicht gesungen worden, daß er einmal mit Recht zu den Baumeistern der Zweiten Republik gezählt werden werde.

Genosse Maisel stammt aus einer Arbeiterfamilie und hat niemals vergessen, wie wichtig es ist, daß man helfen muß, damit die arbeitenden Menschen ein besseres Leben führen können und sie ein Recht auf einen sorgenfreien Lebensabend gesichert bekommen müssen.

Im Jahr 1908 trat er der Gewerkschaft der Metall- und Bergarbeiter bei, und bald war er als Funktionär tätig. Während des Ersten Weltkrieges war er eingezogen; nach seiner Heimkehr schloß er sich der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei an. Als die Arbeiterhochschule der Partei ins Leben gerufen wurde, war er gleich im ersten Jahrgang ein aufmerksamer und strebsamer Schüler. Hier, wo so hervorragende Persönlichkeiten wie Otto Bauer, Theodor Körner, Karl Renner und viele andere, den Schülern, die aus Arbeiterkreisen kamen, das Wissen vermittelten, das sie sich vorher nicht aneignen konnten, holte sich Genosse Maisel das Rüstzeug, das ihn nachher befähigte als Gewerkschaftssekretär und Mandatar tätig zu sein. Im Jahre 1932 wurde er in Wien in den Landtag und den Gemeinderat gewählt, und im Jahr 1934, nach dem Tod von Genossen Anton Kohl, wurde er Bezirksobmann der Partei im 3. Bezirk.

In den Februartagen 1934 versuchte Genosse Maisel einige Tage hindurch die Bezirksorganisation zusammenzuhalten, wurde aber bald, so wie alle Mandatäre der Sozialdemokraten, verhaftet und mußte einige Zeit im Wöllersdorfer Anhaltelager verbringen. Gleich nach seiner Enthaltung nahm er den Kontakt zur mittlerweile im Untergrund tätigen Partei wieder auf und wurde in das erste Zentralkomitee der RS entsendet. Nicht nur während des grünweißen, sondern auch während des braunen Faschismus wurde er immer wieder verhaftet, und er mußte lange Zeit hindurch im Konzentrationslager Buchenwald alle Demütigungen durch die SS ertragen. Daß er schließlich doch — zwar bis zum Skelett abgemagert — aus dem Lager entlassen wurde, verdankte er den ständigen Interventionen der Direktion der Firma Siemens-Halske, die immer darauf verwies, daß sie den tüchtigen Arbeiter nicht entbehren könne. Natürlich hielt er auch nach seiner Freilassung den Kontakt zu seinen Gesinnungsfreunden aufrecht, und es war eine Selbstverständlichkeit, daß er im Jahr 1945 zum Bezirksobmann der wiedererstandenen Sozialistischen Partei gewählt und in den Parteivorstand entsendet wurde. Auch seine Gewerkschaft wählte ihn zum Obmann, und nach den Wahlen von 1945 wurde er Abgeordneter zum Nationalrat und Minister für Soziale Verwaltung. Ihm fiel nun die Aufgabe zu, in der schwersten Zeit Gesetze zu schaffen, die den arbeitenden Menschen mehr Sicherheit brachten. Es wurde ihm nicht leicht gemacht, und viele werden sich noch an die Wahlplakate der ÖVP erinnern, in denen Genosse Maisel als „Der Verschwender“ bezeichnet wurde. Aber unbeirrt durch all die Anfeindungen setzte er seine Tätigkeit fort, und als Höhepunkt seiner Ministertätigkeit müssen wir wohl die Schaffung des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes (ASVG) betrachten.

Nach dem Ausscheiden aus der Regierung wurde Genosse Maisel Vizepräsident des ÖGB und Präsident der Arbeiterkammer.

Am 85. Geburtstag kann nun unser Freund Maisel auf ein reiches, erfülltes Leben Rückblick halten und sicher sein, daß es in unserem Land viele Tausende gibt, die es ihm verdanken, wenn sie nicht mehr so ausgezehrt werden wie ehemals und daß er es war, der vor allem den Grundstein für einen sorgenfreien Lebensabend für alle arbeitenden Menschen gelegt hat.

Wir wünschen unserem Freund Maisel, daß es ihm vergönnt sein möge, sich noch viele Jahre hindurch an der reichen Ernte zu erfreuen, für die er die Saat ausgelegt hat.

Aus der Opferfürsorge

Versorgungsleistungen und Einkommensgrenzen*)
ab 1. Jänner 1976

A. OPFER

Renten MdE**)	Opferrente § 11 Abs. 2	Zulage § 11 Abs. 11
30 Prozent	284.—	—
40 Prozent	426.—	—
50 Prozent	710.—	1.216.—
60 Prozent	946.—	1.216.—
70 Prozent	1.301.—	1.216.—
80 Prozent	1.538.—	1.216.—
90/100 Prozent	2.366.—	1.216.—

Pflegezulage (§ 18 KOVG)

Stufe I	3.197.—
Stufe II	4.796.—
Stufe III	6.395.—
Stufe IV	7.996.—
Stufe V	9.591.—
Stufe V (erhöht)	12.788.—

Schwerstbeschädigtenzulagen (§ 11 a Abs. 4 KOVG)

lit. a	237.—
lit. b	473.—
lit. c	710.—
lit. d	946.—
lit. e	1.183.—
lit. f	1.420.—

Kleider- und Wäschepauschale

Stufe 1	84.—
Stufe 2	167.—
Stufe 3	279.—

Unterhaltsrente

Opfer	3.715.—
Opfer, die für eine Ehefrau (Lebensgefährtin) zu sorgen haben	4.660.—
Alterszulage	97.—
Erziehungsbeitrag	375.—
Führungszulage	552.—
Hilflosenzulage	1.031.—

*) Alle Beträge in Schilling.

**) MdE = Minderung der Erwerbsfähigkeit.

Meßbeträge

Anspruchsberechtigte Opfer	3.715.—
Anspruchsberechtigte Opfer, die für eine Ehefrau (Lebensgefährtin) zu sorgen haben	4.660.—

B. HINTERBLIEBENE

Witwen, Waisen, Elternteile	710.—
Elternpaare	1.230.—
Doppelwaisen	851.—

Unterhaltsrenten

Witwen, Waisen, Eltern	3.060.—
Witwen-, Waisenbeihilfe	3.060.—
Hilflosenzulage	1.031.—

Meßbeträge

Witwen, Waisen, Eltern	3.060.—
Witwen-, Waisenbeihilfe	3.533.—

C. DIÄTZUSCHUSS

wegen Zuckerkrankheit	147.—
bei einer MdE von 50 oder 60 Prozent	297.—
bei einer MdE ab 70 Prozent	444.—

D. ALTERSZULAGEN (§ 11 Abs. 3 KOVG)

Neuregelung ab 1. Jänner 1976	bei einer Minderung der Erwerbsfähigkeit von				
	50 v. H.	60 v. H.	70 v. H.	80 v. H.	90/100 v. H.
ab Vollendung des	in Schilling				
65. Lebensjahres	107	177	177	184	201
70. Lebensjahres	213	355	355	369	401
75. Lebensjahres	390	532	539	553	602
80. Lebensjahres	568	710	724	737	803

Die Alterszulage wird jeweils am 1. Jänner jeden Jahres so wie die Opfer- und Unterhaltsrenten mit dem geltenden Anpassungsfaktor erhöht.

E. STERBEGELD

Volles Sterbegeld (Höchstausmaß)	5.519.—
anrechenbarer Höchstbetrag	2.208.—

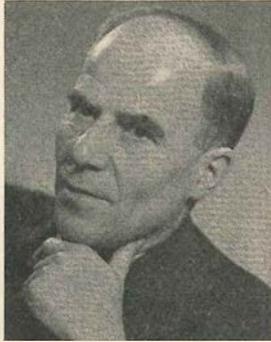


Eine Foto-Rarität: Unser Sozialminister bei unserer Bundeshauptversammlung 1973

Abschied von guten Freunden

Dr. Alfred Migsch und Ferdinand Wedenig haben uns für immer verlassen

Am 18. Oktober 1975 ist unser Genosse Dr. Alfred Migsch nach längerer Krankheit in Wien gestorben. Er war 74 Jahre alt, und wer ihn noch vor seiner Erkrankung hat sprechen können, der hätte ihm diese „seine Jahre“ kaum geglaubt. Seine Agilität und kritische Diskussionsfreudigkeit, sein Wissen um fachliche Fragen — von Politik und Tagespolitik gar nicht zu reden — und seine Stellungnahme zu Wirtschaftsfragen von heute und morgen unterschieden sich, genau genommen, kaum von den früheren Zeiten, damals, als es gleich nach 1945 um Verstaatlichung und Energieprobleme in Österreich ging. Die dreißig arbeitsreichen Jahre dazwischen schienen spurlos an unserem Fredl vorübergegangen zu sein. Und doch — nun haben wir ihn am 24. Oktober 1975 auf dem Ottakringer Friedhof in Wien zu Grabe getragen. Genosse Migsch gehörte jener Generation an, der das sozialistische Gedankengut sozusagen schon angeboren war. Denn er stammte aus einer sozialdemokratischen Familie; sein Vater war einer der Mitbegründer der Gewerkschaft der Versicherungsangestellten, und seine Mutter war Arbeitslehrerin. Er konnte das Gymnasium in Wien VI besuchen und legte dort auch die Matura ab. Nachher inskribierte er an der Wiener Universität Nationalökonomie (Volkswirtschaftslehre) und Soziologie und schloß die Studien erfolgreich ab.



Genosse Alfred Migsch war schon von Jugend auf in der sozialdemokratischen Bewegung tätig, bei der SAJ, beim VSSÖ und später auch bei der SSAV, der Sozialistischen Studenten- und Akademiker-Vereinigung, um nur einige zu nennen. Seine politische Tätigkeit bei den RS und später auch nach 1938 in der Widerstandsbewegung gegen den Hitlerfaschismus, führte schließlich im Jänner 1944 zu seiner Verhaftung durch die Gestapo. Er wurde wegen Hochverrats angeklagt, in das KZ Mauthausen gebracht und dort bis zur Befreiung des Lagers durch die Amerikaner im Mai 1945 interniert.

Aber gleich nach seiner Freilassung stellte sich Genosse Migsch wieder der Organisation zur Verfügung und begann ungebrochen am Wiederaufbau mitzuarbeiten. Wer denkt heute wirklich noch daran, unter welchen unvorstellbaren Bedingungen und Voraussetzungen damals selbst der kleinste Handgriff verrichtet werden mußte! Aber Migsch packte zu, wo es irgendwie ging. Und vieler Schwierigkeiten zum Trotz: Er hatte Erfolg!

Schon im November 1945 wurde er im damaligen Wahlkreis Wien IV in den Nationalrat gewählt. Er war oft der Sprecher der Sozialisten im Plenum, arbeitete in den Ausschüssen mit und darf zu den geistigen Vätern des 1. Verstaatlichungsgesetzes gezählt werden. Im November 1947 wurde er Bundesminister für Energiewirtschaft und Elektrifizierung, und unter seiner koordinierenden Leitung wurde der Grundstein für den Aufbau der österreichischen Energieversorgung gelegt. Migsch stand dabei am Beginn des schwierigen Weges, der aus den düsteren Jahren der Zusammenbrüche des damaligen „Verbundnetzes“ in das Zeitalter der modernen österreichischen Elektrizitätswirtschaft geführt hat, die wir heute unser eigen nennen.

Später schied Genosse Migsch aus dem Parlament aus, um sich mit Erfolg der Wiener Kommunalverwaltung zu widmen, der er als Stadtrat angehörte. Er war fast 20 Jahre lang auch Mitglied des Parteivorstandes und nahm nach seinem Ausscheiden aus der aktiven Politik bis in die allerletzte Zeit regen Anteil am politischen Geschehen. — Wir werden unserem Kameraden in schwerer Zeit, unserem Genossen Dr. Alfred Migsch, immer ein ehrendes Gedenken bewahren.

Bundespräsident Dr. Rudolf Kirchschläger hat der Witwe kondoliert, die Wiener Landesregierung gedachte unter dem Vorsitz von Genossen Leopold Gratz in einer Schweigeminute des Verstorbenen, und die Genossen Bruno Kreisky und Fritz Marsch haben namens der Partei Beileidschreiben übermittelt.

*

Unser Freund und Kampfgefährte Ferdinand Wedenig ist nicht mehr. Wir verlieren viel, denn zeit seines Lebens stand er immer in den Reihen der kämpfenden Arbeiter.

Am 14. November 1975 würdigten die Sozialistischen Freiheitskämpfer Kärntens in einer Trauersitzung die großen Verdienste von Ferdinand Wedenig um Freiheit und Demokratie. An der Trauersitzung nahm vom Bundesvorstand unsere Genossin Rudolfine Muhr teil.

Bei der Verabschiedung in der Trauerhalle des Friedhofes nahm sein engster Mitarbeiter und Freund, Genosse Hans Pawlik, Abschied von dem unvergessenen Freiheitskämpfer Ferdinand Wedenig: Abschied für immer von einem großen Menschen unseres Landes zu nehmen, der uns noch dazu so überraschend und viel zu früh verlassen hat, ist nicht leicht. Und wenn man diesen Menschen, wie die meisten von uns, so gut kannte, schätzte und verehrte, dann ist dies eine fast unlösbare Aufgabe. Mit Altlandeshauptmann Ferdinand Wedenig wird ein Stück Geschichte Kärntens zu Grabe getragen. Der Sohn einer kinderreichen Eisenbahnerfamilie in der Zeit der Monarchie wurde Handelslehrling und Kaufmannsgehilfe, der wissensdurstig erste Kontakte zur damals noch jungen Sozialdemokratie und der Gewerkschaftsbewegung suchte und später dann Soldat wurde. Vom Ersten Weltkrieg kehrte Wedenig 1918 hoch ausgezeichnet nach Hause zurück. Aber statt wieder einer friedlichen Arbeit nachgehen zu können, eilte er, wie so viele seiner sozialdemokratischen Gesinnungsgenossen, sofort zum Kärntner Abwehrkampf, um die Einheit unseres Landes zu erhalten und Kärnten bei der jungen Republik Österreich eingegliedert zu wissen.



Hier in dieser Halle trauern auch die früheren Kameraden des Kärntner Abwehrkampfes mit ihren Abordnungen und Fahnen um Ferdinand Wedenig, der unter anderem auch Träger des Kärntner Kreuzes I. und II. Klasse war. Nach einigen Dienstjahren beim neuen Bundesheer der Ersten Republik nahm Ferdinand Wedenig die Berufung als hauptamtlicher Bezirkssekretär der Sozialdemokratischen Partei und der ehemaligen Freien Gewerkschaften im damals ärmsten Bezirk, in Völkermarkt, an, um dem arbeitenden Volk des Unterlandes zu helfen. Von seinen Genossen und Freunden verehrt, von seinen demokratischen Gegnern geachtet, aber ab 1930 von den austrofaschistischen Machthabern verfolgt und mehrmals verhaftet, hatte er Ferdinand Wedenig und seine junge Familie damals sehr schwer. In der Zeit von 1934 bis März 1938 wurde er zu insgesamt sechseinhalb Jahren Freiheitsentzug verurteilt, von denen er auch tatsächlich zweieinhalb Jahre in Haft verbringen mußte. Aber auch die zweite, noch schlimmere Form des Faschismus, die NS-Gewaltherrschaft, mußte Ferdinand Wedenig körperlich und seelisch erleben. Er wurde mit einigen anderen bekannten sozialdemokratischen Funktionären aus Kärnten im Jahre 1944 ins Konzentrationslager Dachau gesteckt. Während Anton Falle, Franz Aschgan, Franz Swoboda, Peter Melcher und

andere dort den Tod fanden, hatte Wedenig das auch für uns alle große Glück, diese Schreckenszeit zu überleben.

In den ersten Maitagen des Jahres 1945, nach langen Fußmärschen wieder nach Hause zurückgekehrt, stellte sich Ferdinand Wedenig sofort dem Wiederaufbau seiner geliebten sozialdemokratischen Partei, der Kärntner Gewerkschaftsorganisation sowie der Genossenschaftsbewegung zur Verfügung. Er, der selbst so lange politisch verfolgt war, sah es als seine erste Verpflichtung an, einen Aufruf zur Nachsicht noch vor Eintreffen der britischen Besatzungsarmee am 7. Mai 1945 in Klagenfurt zur veröffentlichen, in welchem er zur Toleranz, zur Zusammenarbeit und zum Vergeben an den früheren politischen Gegnern sowie zur Bewahrung der Einheit Kärntens aufrief. Er sagte wörtlich: „Jede Art von Rache ist zu vermeiden!“ Dies war auch die Richtschnur seines Wirkens in der provisorischen Kärntner Landesregierung als Nationalrat und ab 1947 als Landeshauptmann.

Und um noch eines bemühte sich Ferdinand Wedenig bis zu seinem Tode, das wir sozialistische Freiheitskämpfer ihm hoch anrechnen müssen. Eine Befriedung in der Minderheitenfrage herbeizuführen, die durch die unseligen Kriegereignisse und die Unmenschlichkeiten von 1941 bis 1945 in unserem Lande und an seinen Grenzen belastet worden war. Er, dessen Eltern aus Oberkärnten kamen, der sich als Schüler, Handelslehrling, als Kaufmannsgehilfe und als Soldat der österreichisch-ungarischen Armee bemühte, die zweite Sprache unseres Landes zu erlernen, konnte sich auch immer in die Seele und das Wesen des Minderheitenvolkes hineindenken.

Wir sozialistischen Freiheitskämpfer Österreichs haben viel verloren: Den unbeirrbaren Streiter und Lehrmeister für den demokratischen Sozialismus, unseren langjährigen Landesobmann und Funktionär des Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer. Das überparteiliche Komitee zur Errichtung und Pflege des Mahnmals hier im Klagenfurter Zentralfriedhof für

die über tausend Kärntner Opfer um die Freiheit Österreichs verliert seinen Ehrenobmann.

Dem Humanisten Ferdinand Wedenig war es ein Bedürfnis, auch bei vielen humanitären Vereinen und übernationalen Gesellschaften aktiv mitzuwirken. So war er viele Jahre Präsident der Österreichischen Liga für die Menschenrechte, Vorstand und Mitglied der Liga der Vereinten Nationen, der österreichisch-amerikanischen Gesellschaft, der österreichisch-jugoslawischen Gesellschaft, der österreichisch-sowjetischen Gesellschaft. Mitglied, und vor allem maßgeblicher Gönner und Förderer des Kärntner Fürsorge- und Wohlfahrtsvereines „Volkshilfe“, der Gesellschaft „Rettet das Kind“, und vieler Kulturverbände. So mochte sich auch der Klagenfurter Kammerchor von seinem Ehrenobmann verabschieden.

Ein ausgezeichnetes Vorbild für alle in den Ruhestand getretenen Funktionäre und Politiker gab der ehemalige Landeshauptmann dadurch, daß er fast zehn Jahre lang aktiv als Landespräsident des Pensionistenverbandes Österreichs bei uns in Kärnten wirkte. Und dies mit so ausgezeichnetem Erfolg, daß Kärnten der stärkste Landesverband mit über 25.000 Mitgliedern ist. Besonders der Landesvorstand des Pensionistenverbandes trauert um seinen ersten Funktionär.

Bis zu seinem letzten Atemzug nahm Ferdinand Wedenig Anteil am Geschehen unseres Landes.

Alle Vereine, Gesellschaften und Kooperationen wollten hier an seiner Bahre einen letzten Dank dem Menschen Ferdinand Wedenig aussprechen und geloben, in seinem Sinne und in seinem Geiste für Kärnten weiterzuarbeiten.

Unser besonderes Mitgefühl gehört aber seiner immer treusorgenden Lebensgefährtin und der Familie, die jahrzehntelang, bis zu seinem Tode, den Gatten und Familienvater mit den vielen öffentlichen und sozialen Aufgaben teilen mußten.

Genosse Ferdinand Wedenig, du wirst uns unvergessen bleiben!



Klagenfurt: Kranzniederlegung am 1. November 1975 beim Mahnmal für die Opfer um ein freies Österreich.



Ich rufe Euch: Übt Solidarität!

Werte Genossen!

Trotz aller internationalen Protestaktionen hat nun am Samstag, dem 27. September 1975, das faschistische Franco-Regime die unmenschlichen Todesurteile an den Basken und den jungen spanischen Freiheitskämpfern vollzogen. Auch die vielen Schreiben und Protesttelegramme aus aller Welt, ja selbst der Appell des Papstes, der sich vor 100.000 Pilgern auf dem Petersplatz in Rom öffentlich für die Begnadigung der Verurteilten eingesetzt hatte, blieben ungehört, und auch die Abberufung der Diplomaten fast aller Staaten der westlichen Welt aus Madrid sowie die mächtigen Demonstrationen in den europäischen Städten und der Protest des Internationalen Bundes freier Gewerkschaften hatten keine Schlagkraft gegen dieses Faschistenregime.

Hier kann nur die internationale Solidarität aller überzeugten Demokraten helfen, indem sie sich von diesen Ländern abkehren und dort nicht ihren Urlaub verbringen. Eine solche Aktion müßte aber schlagartig in ganz Europa durchgeführt werden, und zwar so lange, bis das faschistische Regime gestürzt ist und die Bevölkerung ihre Freiheit wiedergewonnen hat.

Das gilt nicht nur für das entrechtete spanische Volk, sondern sollte auch für alle anderen Länder gelten, in denen Diktaturen herrschen.

Ich möchte hiermit alle internationalen Freiheitskämpfer und überzeugten Demokraten aufrufen: Kehrt den Ländern, in denen die Freiheit mit Waffengewalt unterdrückt wird, den Rücken, und ziehet euch von ihnen zurück! Solidarisiert euch mit den Basken und den spanischen Freiheitskämpfern!

„Freundschaft!“
K. V. (Mödling)

Von den vielen Briefen, die wir aus Anlaß der Hinrichtung — sprich Ermordung! — der spanischen Freiheitskämpfer erhalten haben, sei einer veröffentlicht, obwohl der Henker längst nicht mehr unter den Lebenden weilt, wenn diese Zeilen zu unseren Lesern kommen. Wir wollen die jungen Opfer nicht vergessen — sie waren noch ungeboren, als der Putschist Franco sein blutiges Regime mit Hilfe Hitlers und Mussolinis in Spanien aufrichtete —; mögen sie die letzten sein, die der Moloch Faschismus in Europa verschlungen hat — trotz aller Proteste aus der ganzen Welt.

*

Keine Pietät

Wir veröffentlichen anbei auszugsweise einen Leserbrief, den uns eine Genossin aus Wien geschrieben hat, nachdem sie an unserer Kundgebung in Mauthausen am 4. Mai 1975 teilgenommen hatte.

Werte Genossen!

Ich habe am 4. Mai 1975 an der Mauthausen-Kundgebung teilgenommen und möchte Euch auf einige Mißstände aufmerksam machen.

Ich halte es für eine Pietätlosigkeit, wenn bei einem solchen Anlaß auf den Mauern des KZ alles Mögliche, angefangen von Würsteln, verzehrt und die leeren Bierflaschen weit in die Anlagen des KZ hinein einfach achtlos weggelegt werden. Ich bin der Meinung, daß das KZ Mauthausen so wie jedes andere KZ Zeuge einer

sehr traurigen und tragischen Zeit unserer Menschheitsgeschichte ist; für jene Menschen, die sie errichtet haben und für jene, die die Errichtung solcher Vernichtungsstätten geduldet und gefördert haben. Sie sind eine solche Schande für unser Jahrhundert, daß es nicht geduldet werden sollte — im Andenken an die vielen Opfer, die so grausam ums Leben gekommen sind —, daß solche Kundgebungen zu einem Rummelplatz von Jahrmakttreffen entwürdigt werden.

Ich lege zwei Aufnahmen zur Dokumentation bei und bitte, in Hinkunft das Notwendige zu veranlassen.

Mit Freundschaft!

M. P. (Wien)



Da die Kundgebung selbst in einem würdigen Rahmen verlaufen ist und alle Teilnehmer tief ergriffen den Ansprachen zuhörten und das Mauthausen-Museum immer wieder einen tiefen Eindruck über die schrecklichen Verbrechen hinterläßt, die hier, so wie in den anderen Konzentrationslagern verübt worden sind, sollten diese Zeilen zum Nachdenken anregen. Wir danken für den Brief ganz besonders.

KZ-Kommandant freigesprochen. Der Kommandant eines der Nebenlager des Konzentrationslagers von Auschwitz, der ehemalige SS-Oberscharführer Alois Frey, ist kürzlich von einem Schwurgericht in Frankfurt am Main freigesprochen worden.

Er war beschuldigt worden, im Jahre 1944 Insassen jenes Lagers selektiert und in die Gaskammern geschickt zu haben. Außerdem warf ihm die Anklage vor, er habe im Jänner 1945 eine Anzahl Häftlinge eigenhändig erschossen und andere umbringen lassen.

Das Gericht begründete den Freispruch damit, daß die Zeugenaussagen nach rund 30 Jahren nicht mehr als so zuverlässig erachtet werden seien, um eine Verurteilung des Alois Frey zu rechtfertigen.

Dazu eine Randbemerkung: Der angeklagte ehemalige SS-Oberscharführer und KZ-Kommandant war nicht einmal in Untersuchungshaft genommen worden.

Das Mauthausen-Museum

Die Gedenkstätte Mauthausen und das Museum Mauthausen sind zu folgenden Zeiten geöffnet:

24. Jänner bis 30. April:
täglich von 8.00 bis 12.00 Uhr
12.30 bis 16.30 Uhr
1. Mai bis 30. September:
täglich von 8.00 bis 12.00 Uhr
12.30 bis 17.30 Uhr

Das Museum Mauthausen ist auch an Sonntagen zu den gleichen Besuchszeiten allgemein zugänglich, ebenso am Ostermontag und Pfingstmontag. Dagegen bleiben die Gedenkstätte Mauthausen und das Museum Mauthausen an jedem Montag und in der Zeit vom 15. Dezember bis 23. Jänner durchgehend geschlossen.



ERKLÄRUNG DER REGIERUNGEN GROSSBRITANNIENS, DER SOWJET- UNION UND DER VEREINIGTEN STAATEN VON AMERIKA ÜBER ÖSTERREICH

Die Regierungen Grossbritanniens, der Sowjet-Union und der Vereinigten Staaten von Amerika sind darüber einig, dass Österreich, das als erstes freies Land dem Angriff der Nazis zum Opfer fiel, von der deutschen Herrschaft befreit werden soll.

Sie betrachten die durch Deutschlands Überfall am 13. März 1938 herbeigeführte Annexion Österreichs als null und nichtig. Keine der seitdem in Österreich vorgenommenen Veränderungen ist für sie bindend. Sie wünschen die Wiedererrichtung eines freien und unabhängigen Österreichs. Hierdurch soll dem österreichischen Volk sowohl wie auch den Nachbarstaaten, die ähnlichen Problemen gegenüberstehen, die Bahn zu der politischen und wirtschaftlichen Sicherheit freigemacht werden, welche die einzige Grundlage dauernden Friedens ist.

Das österreichische Volk wird jedoch erneut darauf hingewiesen, dass es sich der Verantwortung, die es durch die Teilnahme am Krieg an der Seite Hitlerdeutschlands auf sich geladen hat, nicht entziehen kann. Bei der Schlussabrechnung wird unweigerlich berücksichtigt werden, wie viel Österreich selbst zu seiner Befreiung beigetragen hat.

PSS « A » GB8a.

Nicht schweigen — wir müssen reden!

Zum Gedenken an die berüchtigte „Reichskristallnacht“ am 9./10. November 1938 wollen wir an die Worte erinnern, die unsere Genossin Rosa Jochmann in der Gedenkstätte für die Opfer des österreichischen Freiheitskampfes in Wien gesprochen hat.

Im Leben eines einzelnen Menschen sind 37 Jahre viel — gemessen an der Geschichte erscheinen sie uns als ein Augenblick. Und da wir hier stehen, erscheint es uns so, als ob wir noch die Schreie der Gequälten und auf das tiefste Erniedrigten hören würden.

Brennende Synagogen wiesen den Weg in eine grauenhafte Zukunft, sie standen am Beginn von Gaskammern, Erschießungen und Folterungen; sie waren das grauenhafte Fanal in einer Zeit, in der es die Worte Menschlichkeit und Humanität nicht mehr gab. An ihre Stelle waren Verwüstung, Barbarei und unvorstellbare Grausamkeit getreten.

Österreich hatte einen weltweiten Ruf auf allen Gebieten der Kunst, der Wissenschaft und der Medizin. Männer und Frauen, die diesen Ruhm mitbegründet hatten und deren einziger „Fehler“ es war, daß sie sich ihre Eltern nicht ausgesucht hatten, wurden auf die Straße und in die Konzentrationslager getrieben, wurden unvorstellbaren Torturen ausgesetzt. Nur wenigen gelang es zu emigrieren. An dieser Stelle und hier möchte ich mich ergriffen verbeugen vor allen unseren Freunden, die trotz des bitteren Leides, das ihnen damals hier widerfuhr, nach 1945 wieder in diese Heimat zurückgekommen sind.

In der Welt gibt es viele Gedenkstätten für die ungezählten Opfer der braunen Barbarei. Diese hier ist ein nur kleiner Gedenkraum — aber er zwingt uns zu bedenken, welche Aussage er zu machen hat. Der Gestalter dieses Raumes hat dies dadurch zum Ausdruck gebracht, daß auf dem Boden blutige Abdrücke von Kinder-, Frauen- und Männerfüßen zu sehen sind, die in das ehemalige Gestapo-Hauptquartier hineinführen — aber keine einzige Fußspur zeigt den Weg zurück! Denn wer einmal dieses Haus betrat, der wußte, daß es kaum ein Wiederkommen geben könne.

An vielen Mahnmalen sind die Namen der Opfer angebracht. Hier in diesem Gedenkraum ist das nicht möglich, denn es sind mehr als sechs Millionen Menschen, die jenen Leidensweg gegangen sind. Ihrer aller wollen wir in einer Schweigeminute gedenken.

Zur Ehre der Opfer haben wir nun geschwiegen; aber sonst im Leben dürfen wir nicht schweigen! Wir müssen reden; wir dürfen nicht dulden, daß von ewig Unbelehrbaren die Opfer geschmäht werden; wir müssen vor allem unserer Jugend vor Augen führen, was für ein Krebsgeschwür der Gesellschaft der Antisemitismus ist.

Tun wir dies! Wir, deren Ohren die Schreie der Opfer gehört und deren Augen das Entsetzen gesehen haben. Wir dürfen niemals schweigen, solange ein Atemzug in uns ist! Wir müssen immer, überall und jederzeit, Ankläger und Mahner sein! Wir wollen uns geloben: Niemals vergessen!



**Solidarität —
trotz Gefahr und Kerker
in der Illegalität**

*Spenden-Marke der
Sozialistischen Arbeiterhilfe*

„Pflicht“ (?) getan — Oradour-sur-Clâne

Die Kleinstadt im Südwesten Frankreichs ist zu einem Symbol für die verbrecherische Kriegsführung des Hitlerfaschismus geworden: Denn Oradour ist ein Ort unter vielen in Europa, wo die SS ihre Massaker anrichtete.

Am 10. Juni 1944, vier Tage nach der Landung der Alliierten in der Normandie, schlossen Einheiten des SS-Regiments „Das Reich“ das Städtchen ein. Alle Einwohner wurden auf dem Marktplatz zusammengetrieben, Männer, Frauen und Kinder voneinander getrennt, und als der 10. Juni zu Ende ging, war Oradour eine Ruinenstadt. Seine Einwohner waren erschossen oder verbrannt.

Kurz nach dem Bekanntwerden des verbrecherischen Massakers wurde von deutschen Antifaschisten, die im französischen Maquis kämpften, der folgende Aufruf unter der Wehrmacht und in den Internierten-Lagern verbreitet:

„Kameraden, solche Greuel zulassen, ohne das verantwortliche Himmlerpack niederzuschießen, bedeutet Mitschuld. Wollen wir von unserem Vaterland den gerechten Zorn der Völker ab- und auf die wahren Schuldigen lenken, dann müssen wir alle die Waffe für die Verteidigung der deutschen und europäischen Zivilisation gegen Hitler, Himmler und ihnen Hörige führen!“

Oradour war ein Racheakt für den Kampf der Franzosen zur Befreiung ihrer Heimat. Die gleichen SS-Trupps erhängten und erschossen sieben Monate später Hunderte Deutsche, die den Wahnsinn des Krieges beenden wollten und sich den heranrückenden Alliierten ergaben.

Gedenkstunde für polnische Wissenschaftler

Einer besonders heimtückischen Tat der Nazifaschisten in Polen wird alljährlich an der Universität in Krakau gedacht.

Im Jahre 1939 wurden 183 polnische Wissenschaftler und Professoren, darunter viele Gelehrte von Weltruhm, an die Universität gerufen. Die Wissenschaftler, die guten Glaubens gekommen waren, wurden hier aber von dem damaligen SS-Obersturmführer Dr. Bruno Müller und seinen Leuten verhaftet und ins Gefängnis geworfen. Die Aktion wurde, wie sich dann später herausstellte, unter dem Decknamen „Sonderaktion Krakau“ durchgeführt.

Die verhafteten Professoren wurden nach dem Konzentrationslager Sachsenhausen gebracht, und es waren nur wenige von ihnen, die überlebten und dem Morden dort entronnen konnten.

Zur Erinnerung an die damaligen grauenhaften Novembertage des Jahres 1939 veranstaltet nun die Universität Krakau seit dem Jahre 1945 alljährlich eine erhebende Gedenkstunde, zu der auch diejenigen kommen, die damals überlebten.

Auch diesmal wurden am Jahrestag der Verhaftung an der Ehrentafel, die dem Andenken der Toten gewidmet ist, Blumen niedergelegt. Die Erinnerung an eines der ersten Nazi-verbrechen dieser Art ist noch immer im polnischen Volk lebendig und wird nicht vergessen werden.

*

Freiheit für Chile. Der Beitrag „Freiheit für Chile“, den wir in der Oktobernummer unserer Zeitung veröffentlicht haben, ist der Wortlaut der Rede, die Genosse Guillermo Bown anlässlich des 2. Jahrestages des Militärputsches in Chile (11. September 1973) gehalten hat. Genosse Bown gehört der Radikalen Partei Chiles an, die Mitglied der Sozialistischen Internationale ist.

*

Unser goldenes Abzeichen. Daß man unser goldenes Abzeichen nicht käuflich erwerben kann, ist ja allen Genossinnen und Genossen längst als Selbstverständlichkeit bekannt. Aber deshalb ist es auch ein ganz großes Problem, wenn das an verdienstvolle Mitglieder verliehene Abzeichen trotz aller gebührenden Obhut doch einmal in Verlust geraten sollte.

Nun haben uns einige Genossen einen Tip gegeben, für den an dieser Stelle bestens gedankt sei und den wir euch hiemit weitergeben: Wenn man die Nadel des goldenen Abzeichens mit einer kleinen Sicherheitsnadel auf der Unterseite des Rockaufschlages oder des Mantelkragens absichert (verklebmt), dann ist es so gut wie ausgeschlossen, daß man das wertvolle Ehrenzeichen verlieren kann.

*

Lieder der Arbeiterbewegung. Der oberösterreichische Arbeiter-Sängerbund hat soeben eine Tonbandkassette mit dem Titel „Geschichte der Arbeiterbewegung“ herausgebracht, die Lieder für gemischten Chor und Jazz enthält.

Unter dem Dirigenten Fritz Hinterdorfer sind gemischte Chöre des Arbeiter-Sängerbundes Oberösterreich und das Koch-Sextett die Ausführenden; Sprecher ist Genosse Helmut Ecker. Das Tonband, das eine Laufzeit von 30 Minuten hat, enthält unter anderem die „Marseillaise“, die „Internationale“, das „Bundeslied“, das „Lied der Arbeit“, „Brüder zur Sonne“, „Wir sind das Bauvolk“ und viele andere.

Das Tonband wurde anlässlich des Landes-Chorfestes „Musik baut Brücken“ der oberösterreichischen Arbeitersänger am 26. April dieses Jahres im Linzer Bruckner-Haus in Stereo bespielt.

Die Tonbandkassette kostet 70 Schilling und kann direkt beim Oberösterreichischen Arbeiter-Sängerbund, Stockhofstraße 37, 4020 Linz, bestellt werden. Es genügt eine kurze schriftliche Bestellung — die Tonbandkassette wird dann sofort per Nachnahme geliefert.

Aus dem Bundesvorstand

1. November 1975 — Schweigemarsch

Am Samstag, dem 1. November 1975, fand wie alljährlich zum Gedenken an alle unsere Opfer der Schweigemarsch zum Mahnmal im Wiener Zentralfriedhof statt. Hunderte von Genossinnen und Genossen hatten sich um 8.45 Uhr vor dem 2. Tor des Zentralfriedhofs eingefunden und der Abmarsch begann pünktlich um 9 Uhr. An der Spitze des Zuges die Sozialistische Jugend mit flatternden roten Fahnen, dann viele Funktionäre und Mandatäre unserer Partei, allen voran unsere Genossen Leopold Gratz und Otto Probst mit unserem Bundesvorstand.

Nach der Schweigeminute beim Mahnmal und der Kranzniederlegung begaben wir uns noch zur letzten Ruhestätte von Victor Adler, Otto Bauer und ihren Zeitgenossen.

12. November — Geburtstag der Republik

Im Namen des Bundesparteiorgans und der Wiener SPÖ legte am Mittwoch, dem 12. November 1975, eine Delegation unter Führung der Genossen Dr. Hertha Firnberg und Fritz Marsch einen Lorbeerkranz am blumengeschmückten Denkmal der Republik an der Wiener Ringstraße nieder.

Damit wurde in würdiger Weise der Gründung der Republik am 12. November 1918 und ihrer Gründer gedacht. Der 12. November war bekanntlich bis zum Jahre 1934 Staatsfeiertag.

Nach dem Februar 1934 war das Denkmal der Republik zuerst mit Plakaten des Dollfuß-Regimes beklebt worden, nachdem die Büsten der Gründer der Republik verhüllt worden waren; schließlich war es von seinem Standort entfernt worden.

Das Seminar des Jugendkontaktkomitees

Mit dem am 15. und 16. November im Anton-Hueber-Haus des ÖGB in Wien abgehaltenen antifaschistischen Seminars wurde die Reihe dieser wichtigen Schulungsveranstaltungen des Jugendkontaktkomitees fortgesetzt. Vor allem in den letzten Jahren, und so auch diesmal wieder, waren diese Schulungskurse sehr gut besucht. Über 40 Teilnehmer — vorwiegend junge Parteimitglieder — bewiesen damit, wie groß das Interesse gerade für die hier behandelten Themen ist.

Wir brauchen eure Berichte

Wir ersuchen die Schriftführer unserer Gruppen in den Landesorganisationen und dem Wiener Landesverband, nicht auf das Einsenden von Versammlungsberichten und sonstigen Mitteilungen zu vergessen, die für unsere Zeitung bestimmt sind. Diese Zuschriften sollen zweizeilig (also mit genügend großem Zeilenabstand) geschrieben werden, weil das die Arbeit in der Setzerei sehr erleichtert.

Wir bitten euch aber wiederholt, jedes Manuskript, gleichgültig was darin steht, stets nur einseitig zu beschreiben und das Datum des Redaktionsschlusses zu beachten.

Der größte Teil der angemeldeten Genossinnen und Genossen hatte sich bereits am Samstagvormittag zusammengefunden, um aktuelle organisatorische Probleme unseres Kontaktkomitees zu diskutieren. Sie alle legten ein Bekenntnis zur Arbeit dieser Gemeinschaft und zu den Zielsetzungen des Bundes Sozialistischer Freiheitskämpfer ab, zu mahnen und zu warnen und die Vergangenheit niemals zu vergessen. Es soll auch erwähnt werden, daß die meisten Seminarteilnehmer bereits unterstützende Mitglieder des Bundes waren und daß etwa 15 Genossinnen und Genossen den Wunsch äußerten, unserem Bund beizutreten.

Am Nachmittag des 15. November stand ein Referat des Genossen Prof. Hugo Pepper über „Sozialismus — Kommunismus — Faschismus“ auf dem Programm. Dieser Vortrag war als Einführung für jene gedacht, die sich noch nicht näher mit diesen grundsätzlichen Fragen beschäftigt hatten. Er war Ausgangspunkt einer sehr interessanten Diskussion.

Ein Höhepunkt des Seminars war das zweite Referat, in dem unser Genosse Herbert Exenberger eine ausführliche Darstellung über den Neofaschismus in Österreich brachte. Mit zahlreichen Belegen aus allerletzter Zeit, zeigte er die leider noch immer bestehende Aktualität der neofaschistischen Gefahr auf. Es ist zu hoffen, daß dieses Referat einmal in schriftlicher Form aufliegen und damit einem größeren Kreis von Genossinnen und Genossen zugänglich sein werde.

Wie alljährlich im November, so wurde auch dieser Kurs mit einer Republikfeier abgeschlossen. Zu dieser Feierstunde waren auch ältere Genossinnen und Genossen des Bundes sowie Mitglieder des Bundesvorstandes und der Obmännerkonferenz gekommen, um gemeinsam mit den Jungen der Bedeutung des 12. November zu gedenken, eines für die Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung so wichtigen Tages.

Aus dem Wiener Landesverband

Beitragsmarken 1976

Die Beitragsmarken für das Jahr 1976 können bereits schon jetzt in unserem Sekretariat abgeholt werden. Und zwar jeden Mittwoch in der Zeit von 15.30 bis 18 Uhr.

Wir bitten gleichzeitig jene Bezirke, die die Beitragsmarken für 1975 noch nicht verrechnet haben, deren Abrechnung bei dieser Gelegenheit nachzuholen.

*

Landeshauptversammlung. In der Landeshauptversammlung am 25. April 1975 wurde für die Jahre 1975 und 1976 (beziehungsweise bis zur nächsten Landeshauptversammlung) der nachstehende Landesvorstand einstimmig gewählt:

- | | |
|-------------------|---|
| 1. Obmann: | Genosse Robert Blau; |
| 2. Obmann: | Genossin Frieda Nödl; |
| 3. Obmann: | Genosse Karl Milota; |
| 1. Kassier: | Genosse Alois Waschek; |
| 2. Kassier: | Genosse Rudolf Fiedler; |
| 1. Schriftführer: | Genosse Eduard Schlesinger; |
| 2. Schriftführer: | Genossin Olga Seidenberg; |
| Beisitzer: | Genossen Alfred Billmaier, Paul Bernstein, Otto Skritek, Eduard Wilem und Herbert Exenberger; |
| Kontrolle: | Genossin Barbara Werner sowie die Genossen Fritz Eibicht und Josef Haas. |

Der Landesobmann Genosse Robert Blau eröffnete die Wiener Landeshauptversammlung, begrüßte die Versammlungsteilnehmer und teilte mit, daß von den 142 eingeladenen Delegierten des Landesvorstandes und der 23 Bezirksgruppen sowie der Eiferrunde und der Fachgruppe Polizei 141 Delegierte erschienen sind und damit die Beschlußfähigkeit gegeben ist.

Als Tagesordnung wurde vorgeschlagen:

1. Bestellung eines Wahlkomitees
2. Berichte
 - a) Obmann
 - b) Kassier
 - c) Kontrolle
3. Neuwahlen
4. Allfälliges

Die Abstimmung ergab die einstimmige Annahme der vorgeschlagenen Tagesordnung.

Die Versammlungsteilnehmer erhoben sich von ihren Sitzen, und der Vorsitzende ehrte die in den Jahren 1973, 1974 verstorbenen 187 Genossinnen und Genossen mit den Worten:

„Diese Frauen und Männer waren alle treue und opferbereite Sozialisten, für die ihre sozialdemokratische Gesinnung wahrlich kein Lippenbekenntnis, sondern Lebensinhalt und Lebensaufgabe gewesen ist. Sie waren bereit, in der Zeit der Bewährung, unter Einsatz ihres Lebens und ihrer Existenz, für ihre Ideale, Humanität, Demokratie und Freiheit einzutreten und sie zu verteidigen.“

Da es nicht möglich ist, alle von uns Geschiedenen namentlich zu ehren, sollen für sie stellvertretend genannt werden:

Franz Jonas, Viktor Benda, Erwin Billmaier, Josef Charwat, Josef Fidora, Josefine Flußmann, Michael Gebauer, Franz Grubeck, Josef Haas, Philomena Haas, Friedrich Hillegeist, Ferdinand Himsel, Karl Holoubek, Edmund Holzfeind, Otto Konrad, Anton Lehnert, Agnes Lewinson, Rudolf Liberda, Maria Littner, Else Metzner, Josef Palfy, Franz Pavelka, Johann Stanka, Meta Rosa Steinitz, Hermine Stonic und Dr. Otto Wolken.“

Die Konferenz ehrte die Toten in einer Schweigeminute.

Dann brachte der Vorsitzende ein vor Beginn der Versammlung eingelangtes Schreiben des Obmannes der Bezirksgruppe Mariahilf, Geza Fischer, zur Kenntnis, mit dem er mitteilte, daß er seine Funktion zurücklege und aus dem Bund austrete.

Zu Punkt 1. der Tagesordnung haben die diesmal für die Nominierung eines Vertreters im Wahlkomitee berechtigten Bezirksgruppen 5, 11, 13, 16 und 22 vorgeschlagen:

Otto Kucera, Eduard Schubert, Martha Schmid, Franz Linnert und Maria Hirschler. Unser Landesobmannstellvertreter Genosse Karl Milota soll das Wahlkomitee beratend unterstützen. Dieser Vorschlag wurde angenommen. Damit war das Wahlkomitee bestellt.

Dann übernahm Genossin Frieda Nödl den Vorsitz und erteilte zum Punkt 2 der Tagesordnung dem Obmann das Wort zu seinem Bericht.

Die letzte Wiener Landeshauptversammlung fand am 10. März 1973 im Haus der Begegnung in Döbling statt. Einige Bezirksgruppen hatten besondere Erfolge bei der Mitgliederwerbung zu verzeichnen. Diese Bezirksgruppen hatten verschiedene Veranstaltungen, Feiern und Fahrten durchgeführt und durch ihre Aktivitäten in ihren Bezirken eine echte freundschaftliche Gemeinschaft gefestigt.

„An dieser Stelle richten wir unseren aufrichtigen Dank an unseren Bundesobmann Genossin Rosa Jochmann, den geschäftsführenden Bundesobmann Genossin Rudolfine Muhr, den Bundeskassier Genossen Alfred Billmaier und unsere Genossin Hermine Kinder, die alle trotz Krankheit und oft bis zur Erschöpfung ihres Leistungsvermögens die Riesenlast an Arbeit und Plage auf sich genommen und besonders auch für die Wiener Bezirksgruppen und den Wiener Vorstand bewältigt haben (langer Beifall). Wir können nur unsere Dankbarkeit und Bewunderung und Verehrung zum Ausdruck bringen und bitten sowie hoffen, daß wir auch weiterhin diese Hilfe und Unterstützung finden werden.“

Der Obmann dankte auch den Mitgliedern des Landesvorstandes und den Funktionären der Bezirksgruppen herzlich für die geleistete Arbeit. Sie wurde im Interesse und zum Wohle unserer Mitglieder und darüber hinaus für alle Kämpfer, Opfer und Hinterbliebenen des Freiheitskampfes zwischen 1933 und 1945 geleistet. Diese Arbeit wurde vielfach nicht anerkannt und fand auch kaum den gebührenden Dank. Wenn irgendwo Idealisten am Werk waren, dann waren solche opferbereite und uneigennützig funktionäre bei unserem Bunde an der Arbeit. Sie plagten sich gerne für ihre Gesinnungsgenossen, scheuten keine Mühen und wußten genau, daß für diese Arbeit keine wirtschaftlichen Vorteile oder einträgliche Funktionen oder Mandate als Lohn winken.

„Dafür kann man hier vor den Teilnehmern der Landeshauptversammlung nur einfach und schlicht ‚Danke schön!‘ sagen und bitten, auch weiterhin so unverdrossen die Arbeitslast auf sich zu nehmen.“

Wir haben uns in den Statuten drei Aufgabenbereiche als Inhalt unserer Tätigkeit und Ziele gestellt:

1. Die Dokumentation und Verbreitung der Geschichte der Arbeiterbewegung und des opferreichen Kampfes für die Besserstellung der arbeitenden Menschen sowie die Verteidigung der Freiheit und der Demokratie. Weiters das Gedenken an die Großen der Arbeiterbewegung, an die Märtyrer und Opfer der Kämpfe sowie an wichtige Ereignisse und Marksteine des langen Weges.

2. Den aktiven Kampf gegen jede Form der politischen Verfolgung, der Diskriminierung, der Diktatur und des Rassismus.

3. Die Betreuung auf dem Gebiet der Opferfürsorge.

Im Rahmen der beiden erstgenannten Aufgaben haben sich neben den Genossinnen Jochmann und Muhr die Genossen Manfred Ackermann, Josef Hindels und die Mitglieder des antifaschistischen Jugendkontaktkomitees besondere Verdienste erworben. Mit Seminaren, Feiern, Gedenkstunden, Initiativen für Protestaktionen und Demonstrationen wurde vorbildliche Arbeit geleistet.“

Der Initiative unserer Genossin Jochmann war es zu danken, daß nicht nur unser Bund, sondern die gesamte Sozialistische Partei das Jahr 1974 zum Jahr des Gedenkens „40 Jahre seit dem Abwehrkampf im Februar 1934“ gestaltete und ein ordentlicher Parteitag in diesem Gedenken stattfand.

Die Wiener Bezirksgruppen nahmen im Laufe dieses Jahres an Gedenkfeiern an historischen Stätten in Wien und in den Bundesländern teil, und es wurde mit diesen würdigen Kundgebungen unsere Solidarität und echte freundschaftliche Verbundenheit manifestiert.

Eine unerhörte Provokation einer Schlägergruppe von jungen Neonazis auf dem Boden der Wiener Universität am

Gedenkstätte für die Opfer des österreichischen Freiheitskampfes Wien 1, Saltorgasse 6

Besuchszellen:

Montag: 14 bis 18 Uhr

Donnerstag: 8 bis 12 Uhr

Samstag: 9 bis 12 und 14 bis 17 Uhr

Sonntag: 9 bis 12 Uhr

22. April 1975 hat — wie wir hoffen — nunmehr auch jenen die Augen geöffnet, die bisher unsere Warnungen und Proteste kaum zur Kenntnis nehmen wollten und die Gefahren der Vergiftung von jungen Menschen durch die alten, unverbesserlichen Nazis negieren. Angesichts solcher unerhörten Vorkommnisse müssen wir die gesamte österreichische Öffentlichkeit fragen, ob all das Leid, das unschuldig vergossene Blut, das Meer von Tränen schon wieder vergessen ist? Soll unsere Hoffnung und unser Glaube, daß man aus diesem schmerzlichen und leidvollen Geschehen endlich gelernt habe, wie kostbar die Freiheit, die Demokratie, Toleranz, Menschlichkeit und Nächstenliebe seien, vergeblich gewesen sein?

Wir können nur hoffen, daß diese Alarmzeichen von nun an endlich beachtet und entsprechende Maßnahmen veranlaßt werden.

Auf dem Gebiet der Opferfürsorge brachten die beiden Jahre manche wesentliche Verbesserung. Hierüber wird ja in der Bundeshauptversammlung 1975 unser Genosse Ing. Rudolf Häuser noch sprechen.

Die 23. Novelle des Opferfürsorgegesetzes (OFG), die mit 1. Jänner 1975 in Kraft getreten ist, und die Novelle des Kriegsoferversorgungsgesetzes (KOVG), die mit der Einführung der Alterserschwernisrenten ab Jänner 1976 in Kraft tritt und in vier Jahrestappen eine wesentliche Erhöhung dieser neuen Leistungen für die Bezieher von Opferrenten ab 50 Prozent Gesundheitsschaden und erhöhte Leistungen bei Erreichung des 65., des 70., des 75. und des 80. Lebensjahres bringt, ist eine solche Verbesserung. Dazu kommt in drei Jahrestappen ab 1. Jänner 1977 eine wesentliche Erhöhung aller Opferrenten.

Ab 1. Jänner 1976 wird es für Personen, die 65 Jahre und älter sind, nicht mehr möglich sein, die Verschlimmerung eines bereits anerkannten Leidens geltend zu machen. Hingegen kann die Anerkennung von erstmals geltend gemachten causalen gesundheitlichen Schädigungen, unbeschadet des Lebensalters, jederzeit von allen Inhabern von Amtsbescheinigungen als Selbstopfer beantragt werden.

„Wir danken bei dieser Gelegenheit unserem Freund und Landesvorstandsmitglied Genossen Paul Bernstein herzlich für sein Verständnis und die Hilfsbereitschaft bei Ansuchen um Unterstützungen oder Darlehen aus den Mitteln des Ausgleichstaxifonds.“ (Lebhafter Beifall.)

Es sind oft gerade die Ärmsten, die aus Bescheidenheit oder falscher Scham die Möglichkeiten einer Hilfe nicht in Anspruch nehmen. Es ist unsere Pflicht, sie zu beraten und ihnen die gebührende Hilfe zu vermitteln.

Die Vorsitzende dankte dem Berichterstatler und schlug vor, noch die Berichte des Kassiers und der Kontrolle anzuhören und erst dann über alle drei Berichte gemeinsam die Debatte abzuführen. Der Vorschlag wird angenommen, und Genosse Alois Waschek erstattet den Kassabericht. Er teilt mit, daß in den beiden Jahren eine Kassierung von 100 Prozent erreicht worden ist. Für die Kontrolle berichtete Genosse Johann Haas, daß mehrmals im Jahr die Markengebahrung und die Verrechnung mit dem Bundeskassier überprüft worden sei, alle Aufzeichnungen sorgfältig und übersichtlich geführt werden und immer alles in bester Ordnung befunden worden ist. Die Kontrolle stellte daher den Antrag, dem scheidenden Vorstand die Entlastung zu erteilen.

Die Vorsitzende dankte den Referenten für ihre Berichte und bat um Wortmeldungen. Genosse Lhotzky berichtete über die Nazistudentenprovokation am 22. April 1975 und schlug vor, eine Protestresolution an den Bundesvorstand zur Weiterleitung an den Innenminister zu beschließen. Mehrere Redner schlossen sich den Ausführungen an. Es wurde ein Redaktionskomitee gewählt, das die Resolution formulierte. Genossin Hirschler schlug vor, bald eine Delegiertenkonferenz einzuberufen und alle anhängigen Probleme dort ausführlich zu besprechen.

Die Vorsitzende dankte nochmals den Berichterstatlern und Debattenrednern und brachte den Antrag der Kontrolle zur Abstimmung. Er wurde einstimmig angenommen.

Für das Wahlkomitee erstattete Genossin Hirschler den Bericht.

Das Wahlkomitee war der Ansicht, daß der Landesvorstand möglichst unverändert seine Arbeit fortsetzen sollte. Nur eine Änderung war notwendig. Genosse Viktor Marsal konnte wegen seines schlechten Gesundheitszustandes seine Funktion nicht mehr übernehmen, und es wurde sein Nachfolger, der Obmann der Bezirksgruppe Floridsdorf, Genosse Eduard Wilem, als Mitglied des Landesvorstandes vorgeschlagen. Dann wurde noch der kürzlich gewählte Obmann der Bezirksgruppe Leopoldsdorf, Genosse Otto Skritek, neu vorgeschlagen. Genosse Skritek hatte sich im Parlament immer als Sprecher der SPÖ für die Verbesserungen des OFG eingesetzt, und er war auch Berichterstatler für die SPÖ-Initiative im April 1975, wonach anläßlich des 30. Jahrestages seit dem Zusammen-

bruch des NS-Verbrecherregimes, den Beziehern von Rentenleistungen nach dem OFG, und zwar den Opfern eine Jubiläumsgabe von 1000 Schilling und den Hinterbliebenen eine solche von 500 Schilling überwiesen wird.

Der Wahlvorgang ergab die einstimmige Wahl aller Vorgesetzten, die schon zu Beginn dieses Berichtes veröffentlicht ist.

Obmann Blau übernahm wieder den Vorsitz und dankte im Namen aller Gewählten für das Vertrauen. Er dankte auch dem ausgeschiedenen Genossen Viktor Marsal sehr herzlich für die langjährige verdienstvolle Mitarbeit und erbat unter dem Beifall der Konferenz die Floridsdorfer Genossen, dem Genossen Marsal diesen Dank und die herzlichsten Genesungswünsche zu übermitteln.

Zu Punkt 4 Allfälliges erfolgte keine Wortmeldung. Daher dankte der Vorsitzende allen Delegierten für die Teilnahme an der Landeshauptversammlung und schloß die Landeshauptversammlung mit dem „Lied der Arbeit“.

Eifler-Runde

Neuer Treffpunkt. Die Zusammenkünfte finden bis auf weiteres im Sektionslokal, V, Margaretengürtel 110 (Ecke Brandmayergasse), statt. Straßenbahnhaltestelle Margaretengürtel-Arbeitergasse der Linien 6 und 18 oder Autobuslinie 61 A bis Margaretengürtel.

Die Einladungen zu den Zusammenkünften erfolgen so wie bisher schriftlich. Alle Genossinnen und Genossen werden gebeten, pünktlich zu sein.

Die Bezirke berichten:

Leopoldstadt

Jahresversammlung. Bei der am 17. März 1975 abgehaltenen Jahresversammlung wurden folgende Genossinnen und Genossen in den Ausschuß gewählt:

1. Obmann:	Genosse Otto Skritek;
2. Obmann:	Genossin Paula Sofka;
Kassier:	Genosse Robert Landau;
Schriftführer:	Genosse Max Grünwald;
Karteiführer:	Genosse August Scherz;
Kontrolle:	Genosse Stanislaus Kriss;
Delegierte für die Landeshauptversammlung:	Genossin Paula Sofka und Genosse Otto Skritek;
Delegierte für die Landeshauptversammlung:	Genossin Paula Sofka sowie die Genossen Stanislaus Kriss, Robert Landau und Otto Skritek.

Wieden

Gratulation für Paula und Josef Geiringer. Unser langjähriges Mitglied Genosse Josef Geiringer und seine liebe Gattin Paula feierten am 23. Oktober 1975 die Diamantene Hochzeit! Das Jubelpaar stand im Mittelpunkt zahlreicher Ehrungen, auch unser Obmann Genosse Franz Marksz übermittelte den beiden Kampfgefährten die herzlichsten Glückwünsche und überbrachte im Namen der Bezirksgruppe einen Blumenstrauß. „Freundschaft!“ Genossen und noch viele Jahre gesunden Beisammenseins nach so vielen Jahren gemeinsamer Arbeit!

*

Ehrung für unseren Genossen Franz Marksz. Am 2. Dezember 1975 wurde unserem Obmann Genossen Franz Marksz im Stadtensatzsitzungssaal des Wiener Rathauses das ihm vom Herrn Bundespräsidenten verliehene Silberne Verdienstzeichen für die Verdienste um die Republik Österreich durch den Landeshauptmann von Wien überreicht.

Die Bezirksgruppe Wieden wünscht ihrem Obmann alles Gute und gratuliert ihm herzlichst zu dieser wohlverdienten Auszeichnung.

Margareten

Jahresversammlung. Unsere Bezirksgruppe hielt am Samstag, dem 3. Mai 1975, um 15 Uhr im Ferdinand-Leissner-Saal der SPÖ ihre diesjährige Jahresversammlung ab. Nach der Eröffnung durch unseren Obmann, Genossen Franz Heigel-

mayr, der Begrüßung unserer zahlreichen Gäste und aller Mitglieder wurde zuerst die vorgeschlagene Tagesordnung genehmigt. Dann gedachte Genosse Heigelmayr der im Berichtszeitraum von uns gegangenen Mitglieder, der Genossinnen Marie Bradac und Marie Jorka sowie der Genossen Fritz Weigelmeier, Franz Tomančič, Johann Karas, Franz Kalch, Viktor Benda, Alois Schopf und Gustav Walda. Einige Tage vor dieser Jahresversammlung waren uns aber noch die Genossen Franz Kratochvíl sowie unser Bundesmitglied Anton Proksch durch den Tod entrisen worden. Die Verdienste aller wurden in dankbarem Gedenken gewürdigt, und es wurde ihrer nochmals in tiefer Trauer gedacht. Auch der stets aufrechte Freiheitskämpfer Franz Jonas, unser Bundespräsident, war im Berichtszeitraum verstorben, und so wurde sein Wirken in tief empfundenen Worten gewürdigt. Alle Nachrufe wurden von der Versammlung stehend angehört.

Dann erfolgte die Ehrung von drei Genossen — Franz Isaak, Franz Keprda und Leo Spitz —, denen die ihnen über Antrag unserer Bezirksgruppe vom Bundesvorstand verliehenen Goldenen Abzeichen des Bundes überreicht wurden.

Anschließend berichteten die Genossen Franz Pahr und Anton Sinkowitz, daß sie auftragsgemäß das Protokoll der letzten Jahresversammlung vom 2. Februar 1974 geprüft hätten; es wurde in Ordnung befunden. Als Prüfer für das Protokoll der diesjährigen Jahresversammlung wurden die Genossen Lea Vanecek und Genosse Stefan Hipsag gewählt. Nun übernahm unser 2. Obmann, Genosse Otto Kucera, den Vorsitz und erteilte unserem Genossen Heigelmayr das Wort zu seinem Bericht.

Mit dem Hinweis auf die alljährlich am 1. Jänner in der AZ erscheinende Neujahrs-Grußbotschaft des Bundesvorstands an unsere Kampfgefährten und Mitglieder leitete Genosse Heigelmayr seinen Bericht ein. Dabei erwähnte er besonders, daß uns 40 Jahre nach den Februartagen 1934 mehr denn jemals zuvor bewußt ist, daß in diesen schicksalhaften Tagen der Grundstein für unsere heutige Zeit gelegt wurde.

Genosse Heigelmayr brachte einen ausführlichen Bericht über den ganzen Berichtszeitraum, wobei er immer wieder Dokumente und Zeitungsartikel zitierte, die die umfangreiche Tätigkeit unseres Bundes, aber auch der gesamten Partei beleuchteten. Hier sei nur zitiert, was Genosse Otto Probst einmal im Mai 1934 gesagt hat: „Wir müssen wieder kämpfen, damit wir nicht von unseren Stammwählern Stimmen nach links verlieren, trotzdem aber nichts von rechts gewinnen!“ — ein Zitat, das von den versammelten Genossinnen und Genossen mit lebhaftem Beifall akklamiert wurde.

Unsere Bezirksgruppe ist nach wie vor Mitglied des „Vereins für Geschichte der Arbeiterbewegung“, weshalb Genosse Heigelmayr auch einen kurzen Auszug aus dem Bericht dieser wichtigen Institution brachte.

Dann übermittelte der Referent noch den Dank unseres Bundes und der Partei an die Genossinnen und Genossen, die in selbstloser Arbeit so viel zum Wahlerfolg beigetragen und zudem noch eine Spende der Bezirksgruppe für den Wahlfonds ermöglicht haben.

Der daraufhin von der Genossin Franziska Grubeck vorgelegte Kassabericht und der vom Genossen Robert Gorgosilits erstattete Bericht der Kontrolle wurden einstimmig genehmigt und die Entlastung erteilt. Schließlich wurde auch noch der Antrag angenommen, in Zukunft die Jahresversammlung nur alle zwei Jahre abzuhalten, aber in der Zwischenzeit eine außerordentliche Jahresversammlung einzuberufen, falls dies durch besondere Umstände notwendig sein sollte.

Bei der anschließenden Wahl des Ausschusses wurden folgende Genossinnen und Genossen einstimmig gewählt:

1. Obmann:	Genosse Franz Heigelmayr;
2. Obmann:	Genosse Otto Kucera;
1. Kassier:	Genossin Franziska Grubeck;
2. Kassier:	Genosse Otto Wolf;
1. Schriftführer:	Genossin Margarete Schranz;
2. Schriftführer:	Genosse Karl Wolf;
Fürsorgereferent:	Genosse Otto Kucera;
Kontrolle:	Die Genossinnen Auguste Sailer und Marie Smetana sowie Genosse Robert Gorgosilits.

Ferner wurden Genosse Otto Kucera in den Bezirksausschuß der SPÖ Margareten sowie die Genossen Otto Kucera und Franz Heigelmayr in die Bezirkskonferenz der SPÖ delegiert.

Mit der Aufforderung an die Anwesenden, alle Kraft für einen erfolgreichen Wahlausgang am 5. Oktober 1975 einzusetzen, wurde die Jahresversammlung geschlossen.

Mariahilf

Neue Sprechstunden. Unser Genosse Paul Kunz hat schon seit einiger Zeit die Betreuung unserer Mitglieder übernommen. Er ist von nun an jeden Dienstag zwischen 18 und 19 Uhr im Sekretariat zu erreichen, worauf wir alle unsere Genossinnen und Genossen hinweisen.

Alsergrund

Jahresversammlung. Am 7. April 1975 fand die Jahresversammlung unserer Bezirksgruppe statt. Sie war sehr gut besucht, und wir konnten den Bezirksobmann, Genossen Pöder, seinen Stellvertreter, den Genossen Lustig, und unseren Bezirksvorsteher, Genossen Karl Schmiedbauer, als unsere Gäste begrüßen. Vom Bundesvorstand war Genosse Robert Blau gekommen, der auch das Referat über den letzten Stand des Opferfürsorgegesetzes hielt.

Unsere Bezirksgruppe veranstaltete gemeinsam mit der Bezirksorganisation der SPÖ und dem Bezirksbildungsausschuß eine würdige Gedenkkundgebung, und mit der Teilnahme an der Mahnmahl-Enthüllung in Wöllersdorf konnten wir aller Opfer des grün-weißen Austro-Faschismus gedenken. Wie alljährlich war auch eine starke Delegation am Schweige-

Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes (DÖW)

Die Benützung der Bestände des Dokumentationsarchivs der Österreichischen Widerstandsbewegung, Altes Rathaus, Wien 1, Wipplingerstraße 8, ist jeden Montag, Mittwoch und Donnerstag in der Zeit von 8 bis 17 Uhr möglich.

1010 Wien 1, Wipplingerstraße 6—8, Stiege III
Telephon 63 07 31/332

marsch zu den Gräbern der Februaropfer beteiligt. „40 Jahre nachher“ stand aber auch im Zeichen der Republikanischen Schutzbund-Gedenkkundgebungen in St. Pölten, Linz, Steyr, Kapfenberg und Bruck an der Mur. Die Kranzniederlegungen trugen dazu bei, das Vermächtnis dieser Opfer zu erfüllen und das Versprechen zu erneuern, jene Zeit nie wieder entstehen zu lassen.

Die letzten Vorkommnisse vor der Wiener Universität zeigten es ganz deutlich, daß die Umtriebe der Neonazi zur höchsten Wachsamkeit aller Freiheitskämpfer und Antifaschisten mahnen. Denn wir wollen unsere Demokratie weiter ausbauen und schützen, damit wir in einer schönen und friedlichen Welt leben können.

Nachdem alle Berichte genehmigt waren, wurde die Neuwahl des Ausschusses durchgeführt. Der Wahlvorschlag wurde einstimmig angenommen, so daß sich der Ausschuß aus folgenden Genossinnen und Genossen zusammensetzt:

- 1. Obmann: Genossin Josefine Beyer;
- 2. Obmann: Genosse Eduard Studener;
- 1. Kassier: Genosse Gerhard Lustig;
- Schriftführer: Genosse Adolf Schön;
- Beisitzer: Die Genossinnen Marie Niederle und Marie Schöpfl sowie Genosse Hans Smeykal;
- Kontrolle: Die Genossen Leopold Brünner und Stefan Cheh.

Das Referat des Genossen Robert Blau über den letzten Stand des OFG war sehr aufschlußreich und wurde sehr beifällig aufgenommen.

Bei der Jahresversammlung wurde auch einer Anzahl von Mitgliedern das ihnen vom Bundesvorstand verliehene Goldene Abzeichen unseres Bundes überreicht.

Mit dem Appell, die Arbeit der sozialistischen Freiheitskämpfer zu unterstützen und zuverlässige Aktivisten unserer Partei als unterstützende Mitglieder unserer Bezirksgruppe zu gewinnen, wurde die Jahresversammlung geschlossen.

Simmering

Republikfeier. Unter dem Motto „30 Jahre Befreiung vom Faschismus — 30 Jahre Zweite Republik“ veranstaltete die Bezirksgruppe Simmering gemeinsam mit dem Bildungsausschuß und der Sozialistischen Jugend am 10. April im Festsaal des Magistratischen Bezirksamtes eine Republikfeier, über die erst heute berichtet werden kann. 30 Jahre und zwei Tage waren nach jenem denkwürdigen 8. April 1945 vergangen, an dem die „Soldaten-Nachrichten“ der englischen und amerikanischen Luftwaffe das Eindringen von Sowjettruppen in den Gemeindebezirk Simmering meldeten. Genosse Kurt Schmidt, ein Überlebender des Konzentrationslagers Auschwitz, der sowohl in unserer Bezirksgruppe als auch als Bildungsfunktionär einer Sektion aktiv für unsere Partei tätig ist, übernahm den literarischen Teil dieser Feierstunde. Die Zeitung „trotzdem“ berichtete darüber unter anderem: „Bei einer Gedenkveranstaltung am 10. April 1975 im Simmeringer Bezirksamt rezitierte der Ex-Reinhardt-Seminarist und Ex-Lagerschauspieler Kurt Schmidt Texte von Bert Brecht und von dem jungen Wiener Autor Ottwald John, darunter einen über Chile. Als er die letzte Strophe vortrug, wurde er sehr prophetisch:

Wir aber fragen weiter, woher das Unheil kommt.
Und wohin es führt, wenn wir nicht kämpfen!“

Eine Tonbildschau „Wir Simmeringer Sozialisten und das Jahr 1945“, die vom Bildungsausschuß zusammengestellt worden war, versuchte in knappen Kommentaren zu Originalfotos und Dokumenten aus dem Jahre 1945 die Situation in unserem Bezirk im Jahr der Befreiung zu zeigen.

Genossin Rosa Jochmann hielt die Gedenkrede, von der wohl alle Anwesenden tief beeindruckt waren. Mit unserem Kampflied „Die Internationale“ beschlossen wir die Feierstunde zum 30. Jahrestag der Befreiung Österreichs.

Rudolfsheim

Franz Graczoll — 70 Jahre. Der langjährige Obmann der SP-Bezirksorganisation Wien-Rudolfsheim, unser Genosse Franz Graczoll, feierte in diesen Tagen seinen 70. Geburtstag. Graczoll war viele Jahre auch Leiter der Referentenvermittlung in der Sozialistischen Bildungszentrale. Der Landesparteiobmann der Wiener SPÖ, Genosse Leopold Gratz und der Wiener Sekretär, Genosse Heinz Nittel, gratulierten ihm zu diesem Anlaß.

Wir schließen uns diesen Glückwünschen auf das Herzlichste an. „Freundschaft“, Genosse Graczoll!

Währing

Franz Pavelka †. Für viele seiner Freunde war Genosse Franz Pavelka viel zu früh verstorben. Mit seinem Tod hat nicht nur der Bund sozialistischer Freiheitskämpfer, dessen Funktionär er durch viele Jahre war, einen schweren Verlust erlitten; Genosse Pavelka wird auch in der SPÖ Währing und ganz besonders in der 2. Sektion fehlen.

Unser lieber Toter hat schon in ganz jungen Jahren über den Arbeiterbildungsverein Alsergrund in die Gewerkschaft der Handels- und Transportarbeiter und in die Sozialistische Partei gefunden. Wie nicht anders zu erwarten, war Genosse Pavelka ausgezeichnet mit einem fast grenzenlosen Wissensdurst, in allen seinen Funktionen ein gewissenhafter, stets bereiter Funktionär: als leitender Sekretär im ÖGB-HTV bis zu seiner Pensionierung, in der SPÖ Währing und im Bund fast bis zu seinem letzten Atemzug.

In seinem Leben wurde ihm nichts geschenkt. Harte, schlecht bezahlte Arbeit, Soldat im 1. Weltkrieg, zweimal verwundet — das waren seine Jugendjahre. Von 1918 bis 1920 diente Genosse Pavelka in der Volkswehr, und er half mit, unsere Grenzen zu schützen. Später widmete er seine ganze Kraft der Gewerkschaft und der Partei. In Währing war unser Freund Sektionsleiter, Vorstandsmitglied und bis zum Jahre 1934 Bezirksrat. Er wurde, wie so viele unserer Besten, mehrfach verhaftet und für seine Gesinnung bestraft. Nichts aber war imstande, diesen aufrechten Genossen zu brechen, und 1945 war Pavelka unter den ersten, die mit unermüdetem Glauben an die Kraft unserer Idee mit dem Wiederaufbau begannen.

Genosse Pavelka war bis in sein hohes Alter bildungshungrig und kritisch. Er war ein ausgezeichneter Organisator und hat im Bezirk Währing, in seiner Sektion und nicht zuletzt im Bund bis zu seinem letzten Atemzug mitgearbeitet. Alle, die ihn kannten, werden unseren kämpferischen, mutigen und immer aufrechten Freund nie vergessen.

Floridsdorf

Margarete Cicek †. Die Bezirksgruppe Floridsdorf hat wieder eine treue Genossin verloren: Unsere Genossin Margarete Cicek. Sie war 45 Jahre Parteimitglied und ist im Alter von 66 Jahren einem Herzschlag erlegen.

Viele Kampfgefährten erwiesen ihr die letzte Ehre, und wir alle danken ihr für ihre langjährige Treue auch in schwerster Zeit. Wir werden sie „Niemals vergessen“!



Eines der größten und markantesten österreichischen Mahnmale befindet sich auf dem Friedhof der Stadt Schwechat in Niederösterreich.

Die Inschrift „Den Opfern der Kriege und des Faschismus“ ist in den vier Weltsprachen angebracht — Englisch, Französisch, Russisch und Deutsch.
Das Gedenken gilt allen Nationen.

Aus den Landesorganisationen

Niederösterreich

Josef Novak zum 70. Geburtstag. Der langjährige niederösterreichische SPÖ-Mandatar, unser Genosse Josef Novak, feierte dieser Tage seinen 70. Geburtstag. Josef Novak schloß sich schon in jungen Jahren der Sozialistischen Jugend und später der Sozialdemokratischen Partei an, der er auch in den Zeiten der politischen Verfolgung die Treue hielt. Dafür hatte er unter dem Austrofaschismus politische Freiheitsstrafen zu verbüßen.

Nach 1945 wurde Genosse Novak in den Gemeinderat der Marktgemeinde Dürnkrot gewählt und im Jahre 1950 wurde er Bürgermeister und später auch Bezirksobmannstellvertreter der SPÖ in Hollabrunn. 1960 wurde er vom niederösterreichischen Landtag in den Bundesrat entsandt, dem er bis zum Jahre 1970 angehörte.

Den vielen Glückwünschen, die Genosse Josef Novak zu seinem Geburtstag erhalten hat, schließen sich auch die sozialistischen Freiheitskämpfer an.

*

Reise nach Israel. Der Landesverband Niederösterreich beabsichtigt in der Zeit vom 29. Februar bis 7. März 1976 eine Studienreise nach Israel durchzuführen. Der Pauschalpreis wird ungefähr 7500 Schilling betragen, kann sich aber etwas erhöhen oder ermäßigen, je nachdem, wie die Preis und Wechselkurse im kommenden Frühjahr sein werden. Jedenfalls ist in dem Preis inbegriffen: Die Flugreise, die Unterbringung

Wir bitten alle Mitglieder, bei Wohnungswechsel die geänderten Anschriften sofort auch dem Bund sozialistischer Freiheitskämpfer bekanntzugeben, damit Aussendungen und vor allem die Zeitung von den Postämtern nicht als unzustellbar zurückgeschickt werden müssen.

in guten Hotels, und zwar in Zweibettzimmern, Halbpension sowie alle Besichtigungen und Führungen. In Israel wird die Gruppe von einem ständigen Reisebegleiter betreut.

An der beabsichtigten Reise können auch Mitglieder aus anderen Landesverbänden teilnehmen, vorausgesetzt, daß die Anmeldungen bis Ende November erfolgen.

Alle Anmeldungen sind schriftlich an den Landesverband Niederösterreich des Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer, Grillparzerstraße 14, 1010 Wien, zu richten. Telefonische Rückfragen beantwortet unser Genosse Leo Lesjak unter der Telefonnummer (0 22 2) 39 19 254. Das ausführliche Programm der Studienreise wird allen interessierten Genossinnen und Genossen zeitgerecht zugesandt.

*

Landesvorstand. Der Landesvorstand hielt am Samstag, dem 26. Juli 1975, in Schwechat eine Sitzung ab, in deren Rahmen unter anderem ein Lichtbildvortrag gezeigt wurde: Genossin Dr. Ruth Lichtenberg von unserem antifaschistischen Jugend-Kontakt-Komitee sprach über Land und Leute Südamerikas, insbesondere über Kolumbien, wo sie zu Beginn dieses Jahres einige Wochen verbracht hatte.

Nach Abwicklung der Tagesordnung begaben sich die Funktionäre zum Schwechater Friedhof, um vor dem Internationalen Mahnmahl — wohl dem größten Niederösterreichs — einen Kranz zum Gedenken an die Opfer des Hitlerfaschismus niederzulegen.

*

Mödling. Jahresversammlung. Bei der Jahresversammlung konnten wir auch unseren Landesobmann, Genossen Leo Lesjak, als Gast begrüßen. In seiner Ansprache dankte er der Bezirksgruppe für die rege Tätigkeit und wies auf die kommenden Veranstaltungen im Jahre 1976 hin. Unser Obmann, Genosse Josef Rohata, gedachte eingangs in ehrenden Worten der verstorbenen Mitarbeiter und Mitglieder und gab in seinem Bericht einen Rückblick über die Tätigkeit und Veranstaltungen seit der letzten Jahresversammlung im März 1973: Eröffnung des Dokumentationszentrums, Gedächtnisfeier Mauthausen, Großkundgebung in Wr. Neustadt und Mahmalenthüllung in Wöllersdorf, zu der sich über 250 Teilnehmer aus dem Bezirk eingefunden hatten, Gedenkstunde für die Opfer des 15. Juli 1927 und 1934.

Die vielen Gedenk- und Todestage beweisen einmal mehr, wie zahlreich die Opfer sind, die für die Freiheit und unsere Bewegung gebracht wurden.

An den Gedenkfahrten des Landesverbandes nach Budapest und Ebensee hat sich die Bezirksgruppe Mödling ebenfalls zahlreich beteiligt.

Die Gedenkfeier für die Februaropfer in Mödling und anlässlich des 35. Todestages des Genossen Ferdinand Tschürtz fand in einem würdigen Rahmen in der Arbeiterkammer statt. Die musikalische Umrahmung besorgten das Streichquartett Prof. Brückner und Genosse Ewald Deutsch am

Klavier. Genosse Fuczek brachte Rezitationen zum Vortrag, und unsere Genossin Rosa Jochmann hielt die eindrucksvolle Gedenkrede. Eine Kranzniederlegung am Mahmal auf dem Mödlinger Friedhof war der Feier vorausgegangen. Unser Bezirksobmann Genosse Friedrich Lehr sprach die einleitenden Worte.

Der Mitgliederstand der Bezirksgruppe ist erfreulich; sie ist die stärkste Bezirksgruppe in Niederösterreich!

Bei den darauf durchgeführten Neuwahlen wurden einstimmig folgende Genossinnen und Genossen gewählt:

1. Obmann: Genosse Josef Rohata;
2. Obmann: Genosse Ewald Deutsch;
3. Obmann: Genossin Sophie Hartmann;
1. Kassier: Genosse Friedrich Muster;
2. Kassier: Genosse Josef Rauch;
1. Schriftführer: Genosse Erwin Fröhlich;
2. Schriftführer: Genosse Wilhelm Zottl;
Beisitzer: Genossin Josefa Schlager sowie die Genossen Dr. Ludwig Csepai und Erwin Fuchs (JG).
Die Genossen Franz Fröhlich, Erwin Karpfen und Hermann Wurmbrand.

Kontrolle: Alle Genossinnen und Genossen nahmen die Wahl an, und Genosse Josef Rohata dankte für das Vertrauen.

Zum „Gedenkjahr 1975“ sprach dann Genosse Josef Rohata. Er bezeichnete die Gedenktage als Marksteine in der Geschichte Österreichs und der Sozialistischen Partei: Seit 1970 erfolgreiche Alleinregierung Kreisky, trotz ständiger Unkenrufe der politischen Gegner; 1955 Abschluß des Staatsvertrages und Abzug der Besatzungstruppen; 1950 durch die Sozialisten abgewehrter Putschversuch der Kommunisten; 1945 — vor 30 Jahren — Ende des 2. Weltkrieges und Befreiung vom braunen Faschismus. Zahllose Männer und Frauen haben diese Zeit nicht mehr erlebt, weil sie unter den unmenschlichsten Bedingungen in den Kerkern und Konzentrationslagern der Nazis wegen ihrer Gesinnungstreue zu Tode gemartert wurden. Ihrer stets zu gedenken, ihr Opfer für unsere Idee zu würdigen, ist Verpflichtung der Überlebenden und der nachfolgenden Generation.

*

Neunkirchen: Mitgliederversammlung. Am Mittwoch, dem 5. November 1975, fand unsere Mitgliederversammlung statt. Der Tod des Obmannes, Genossen Hermann Kadletz, machte eine Neubesetzung dieser Funktion notwendig. Nach einer Würdigung der Verdienste des Genossen Kadletz erstattete Genosse Gerhartl den Organisationsbericht. Er verwies dabei auf die Tatsache, daß auch die Funktion des Bezirkskassiers, die Genosse Florian Aichberger aus gesundheitlichen Gründen zurückgelegt hatte, neu zu besetzen sei.

Der von den Versammelten gemachte Vorschlag, Genosse Gerhartl möge bis zur ordentlichen Jahresversammlung 1976 die Geschäfte des Bezirksobmannes führen, wurde einstimmig angenommen.

Zum Kassier wurde Genosse Toni Mies (Ternitz) gewählt, der auch jene Mitglieder betreuen wird, die außerhalb der Gemeinden Neunkirchen, Ternitz, Grünbach und Gloggnitz wohnen.

Eine längere Diskussion über die Frage, ob die Aufnahme junger Mitglieder sinnvoll sei — sie wurde verneint — und über die Kontroverse Dr. Kreisky — Wiesenthal, zeigte das Interesse und die Aufgeschlossenheit der Genossinnen und Genossen, die sich zum überwiegenden Teil der Argumentation des Genossen Kreisky anschlossen.

Mit dem Dank an den Schriftführer, die Genossin Luise Karall, die in den letzten Wochen ein besonders großes Arbeitspensum zu bewältigen hatte, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

*

Neunkirchen. Hermann Kadlec †. Am 17. September 1975 starb unser Bezirksgruppenobmann Genosse Hermann Kadlec. Eine große Trauergemeinde geleitete ihn zur letzten Ruhe auf dem Ternitzer Friedhof.

Sein 73jähriges Leben war erfüllt von Freude und Glück, aber auch von sorgenvollen schweren Jahren. Er war einer jener Arbeiter, die schon in jungen Jahren wußten, wo ihr Platz ist. Als Funktionär des Republikanischen Schutzbundes hatte er mehrere Monate lang seine Freiheit eingebüßt.

Am offenen Grabe sprachen Landesverbandsobmann Genosse Lesjak und Genosse Franz Szamwald Worte des Gedenkens. Wir werden unserem Kampfgefährten Hermann Kadlec stets ein ehrendes Gedenken bewahren. „Niemals vergessen!“

Kärnten

Franz Pogatschnig †. Genosse Franz Pogatschnig ist am Mittwoch, dem 8. Oktober 1975, ganz unerwartet aus unserer Mitte gerissen worden. Er hatte sein ganzes Leben in den Dienst des Sozialismus gestellt und der Partei in vielen Funktionen gedient. Und als er jetzt im Alter von 73 Jahren für immer von uns gegangen ist, da ist allen Genossinnen und Genossen, die ihn gekannt haben, erst so recht bewußt geworden, was wir mit diesem treuen Mitkämpfer und Freund verloren haben. Es wird nicht leicht sein, seinem Beispiel zu folgen und in seinem Sinne weiterzuarbeiten; aber gerade das wollen wir ihm versprechen. „Niemals vergessen!“

Die Verabschiedung fand am Freitag, dem 10. Oktober 1975, um 14.30 Uhr auf dem Zentralfriedhof Klagenfurt-Annabichl statt, wo sich eine große Trauergemeinde eingefunden hatte.

Herrn
Wilem Eduard
Votagasse 28-30/18/3/11
1210 WIEN

Erscheinungsort Wien
Verlagspostamt Wien 1010

P. b. b.

**Wenn unbestellbar, bitte zurücksenden
an den Absender**

Wir bitten alle Mitglieder, bei Wohnungswechsel die geänderten Anschriften sofort auch dem Bund sozialistischer Freiheitskämpfer bekanntzugeben, damit Aussendungen und vor allem die Zeitung von den Postämtern nicht als unzustellbar zurückgeschickt werden müssen.



Eigentümer, Herausgeber und Verleger: Bund sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus. Verantwortlicher Redakteur: Robert Blau. Für den Anzeigenteil verantwortlich: Alfred Billmaier. Alle: Wien 1, Löwelstraße 18. Telefon 63 27 31. Druck: Druck- und Verlagsanstalt „Vorwärts“ AG, Wien V, Rechte Wienzeile 97.

Sprechstunden

in unseren Wiener Bezirksgruppen

- 2, Praterstern 1 Di. 16 bis 18 Uhr
3, Landstraßer Hauptstraße 96 Jeden 1. und 3. Mi.
17 bis 19 Uhr
4, Wiedner Hauptstraße 60 b Mo. 18 bis 19 Uhr
5, Siebenbrunnfeldg. 5/Stiege 6/
Parterre links (Popp-Hof) Mi. 18 bis 19 Uhr
6, Otto-Bauer-Gasse 9 Di. 18 bis 19 Uhr
7, Neubaugasse 25 .. Jeden 1. u. 3. Di. 18 bis 19 Uhr
8, Josefstädter Straße 39 Do. 17 bis 18 Uhr
9, Marktgasse 2/I Di. 16 bis 18 Uhr
10, Laxenburger Str. 8/10/I Jeden 3. Di. 17 bis 19 Uhr
11, Simmeringer Hauptstraße 80 ... Jeden 2. u. 4. Di.
18 bis 19 Uhr
12, Ruckergasse 40 Mi. 17 bis 18 Uhr
13, Jodlgasse 7/III Do. 17.30 bis 18.30 Uhr
14, Linzer Straße 297 Jeden 1. Fr. 18 bis 19 Uhr
15, Hackengasse 13 Jeden 1. Mi. 17 bis 19 Uhr
16, Zagorskigasse 6 Do. 17.30 bis 19 Uhr
17, Rötzergergasse 29 (Sekretariat der
Mietervereinigung) Mo. 17 bis 18 Uhr
18, Gentzgasse 62 Jeden 1. Mo. 17.30 bis 20 Uhr
19, Billrothstraße 34 Di. 17 bis 19 Uhr
Opferfürsorge Jeden 1. u. 3. Do. 18 bis 19 Uhr
20, Raffaelgasse 11 Jeden 1. Do. 17.30 bis 19 Uhr
21, Prager Straße 9, 1. Stock Jeden 2. Di.
17.30 bis 18.30 Uhr
22, Donauefelder Straße 259 Jeden 2. Mo.
18 bis 19 Uhr
23, Breitenfurter Straße 358 Jeden 1. u. 3. Mo.
18 bis 19 Uhr

in unseren Fachgruppen

- Polizei: Telephon 63 06 71/243
1, Postgasse 9, 1. Stock
Fachausschuß Montag bis Freitag
der Sicherheitsbeamten 8 bis 16 Uhr

in unseren Landesverbänden

- Niederösterreich:**
Baden, Wassergasse 31, Jeden 1. Freitag
Bezirkssekretariat der SPÖ 10 bis 12 Uhr
Mödling, Hauptstraße 42, Jeden 1. Samstag
Bezirkssekretariat der SPÖ 9.30 bis 11 Uhr
W. Neustadt, Wiener Straße 42, Jeden 1. Samstag
Bezirkssekretariat der SPÖ 10 bis 12 Uhr
St. Pölten, Prandtauerstraße 4, Jeden 1. Freitag
Bezirkssekretariat der SPÖ 9 bis 11 Uhr
Schwechat, Rathausplatz 7 Jeden 1. Freitag
Bezirkssekretariat der SPÖ 14.30 bis 16 Uhr
- Burgenland:**
Eisenstadt, Permyerstraße 2,
Bezirkssekretariat der SPÖ Tägl. 9 bis 12 Uhr
- Kärnten:**
Klagenfurt, Bahnhofstraße 44,
II Stock, Zimmer 1, ÖGB- und
Arbeiterkammergebäude Tägl. außer Sa.
10 bis 12 Uhr
- Oberösterreich:**
Linz, Landstraße 36/1, Zimmer 3, Jeden 1. u. 3. Mi.
Hotel „Schiff“, Hoftrakt 16 bis 18 Uhr
Steyr, Damberggasse 2, Jeden 1. Di.
Gasthof Gamsjäger 16 bis 17 Uhr
- Salzburg:**
Salzburg, Arbeiterheim, Paris-
Lodron-Straße 21, II. Stock, Jeden Di. und Fr.
Zimmer 56 8 bis 10 Uhr
- Steiermark:**
Graz, Südtiroler Platz 13, Jeden 1. Mittwoch
Zimmer 17 17 bis 19 Uhr
Bruck an der Mur,
Schillerstraße 22
Kapfenberg, Volksheim Jeden 2. Mittwoch
(Zimmer 14), Wiener Straße 18 bis 19 Uhr

Redaktionsschluß

für die nächste Nummer 13. Jänner 1976